

Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts – Exploration eines Open-Space

*Reader im Auftrag der
Parlamentarischen Linken
der Bundestagsfraktion der SPD
erstellt durch
Sönke Paulsen (das gedächtnisbüro)
Berlin im März 2012*

*Für die wissenschaftliche Unterstützung möchte ich Tim Rohardt (wissenschaftlicher
Mitarbeiter der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion) meinen Dank sagen.*

Inhaltsverzeichnis

Einführung:.....	3
Das Internet und die Vertreter des freien Internets. Konvergenzen, Divergenzen und programmatische Defizite in der Netzpolitik der SPD.....	9
Die Rolle der NGOs in der politischen Meinungsbildung	15
Werbung politischer Parteien gegenüber und im Vergleich zu NGOs – Neue Trends und Corporate Social Responsibility (CSR).....	17
Das veränderte Machtgleichgewicht zwischen Politik und Zivilgesellschaft.....	19
Förderung von Social-Entrepreneurship	21
Die Anti-HartzIV- Initiativen und das bedingungslose Grundeinkommen.....	27
Trend zur (zivil-)gesellschaftlichen Entstrukturierung	30
Konsequenzen für die Politik im Umgang mit der Zivilgesellschaft.....	35
Konsequenzen für eine mögliche Roadmap der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts	38
Abbildungen	40
Link-Liste Umfeldradar.....	41
Literatur	46

„The most reliable way to anticipate the future is by understanding the present.“
(Naisbitt, 1982)¹

Einführung:

Die Fragestellung dieses Readers, welche auch seinem offiziellen Auftrag durch die Parlamentarische Linke der SPD entspricht, besteht aus drei Elementen. Der Sozialdemokratie, dem 21. Jahrhundert und der Exploration eines Open Space. Mit letzterem ist ein gesellschaftlicher Raum gemeint, der sich in den letzten Jahrzehnten um die Partei der SPD gebildet hat, aber auch von ihr entfernt. Wo ist dieser Raum heute angesiedelt, in welche Richtungen öffnet er sich und wo schließt er sich gerade? Welches sind die Organisationen und Akteure in diesem Raum und welche Beziehungen haben sie zur Sozialdemokratie? Was sind gegenseitige Erwartungen, Schnittmengen und welche Schlüsse lassen sich daraus für die zukünftige Struktur und organisatorische Öffnung der SPD ziehen?

John Naisbitt hat in seinem Buch, Megatrends – Ten New Directions Transforming Our Lives, 1982 den Trend von der repräsentativen zur partizipatorischen Demokratie richtig erkannt. Die zivilgesellschaftliche Entwicklung in ihren verschiedenen Ausprägungen wird daher ebenfalls Gegenstand dieses Readers sein. Ebenso wichtig erscheint die Deutung des aktuellen Spannungsfeldes zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Non-Governmental-Organisations (NGOs) und den politischen Parteien, ja der Politik überhaupt.

Der Begriff wurde im Englischen von den Vereinten Nationen eingeführt, um die zivilgesellschaftlichen Vertreter, die sich an den politischen Prozessen der UNO beteiligen, von den staatlichen Vertretern abzugrenzen. Er wird von und für Vereinigungen benutzt, die sich sozial- und umweltpolitisch engagieren, unabhängig von einer Beziehung zur UN. (aus Wikipedia – Nichtregierungsorganisationen)

Open Space ist aber auch eine Technik zur Großgruppenmoderation, die von dem amerikanischen Trainer Harrison Owen in den achtziger Jahren entwickelt wurde. (Owen, 2001)² Hier geht es darum, „in kurzer Zeit mit einer großen Zahl von Menschen zu einem umfassenderen Thema eine Aufbruchstimmung zu nutzen (oder zu erzeugen) und zu vertiefen, in der wesentliche Teilthemen innovativ und lösungsorientiert besprochen werden, damit daraus konkrete Projekte entstehen können.“ (aus Wikipedia – Open Space)

Der gedankliche Anschluss zu dieser Moderationstechnik gelingt, indem man sich vergegenwärtigt, dass in unserer Republik ein vernetztes und zugleich fragmentiertes, zivilgesellschaftliches Feld zur Bearbeitung ansteht. Der Sozialdemokratie könnte als einem der größten und wichtigsten gesellschaftlichen Denkräume des zwanzigsten Jahrhunderts, auch im 21. Jahrhundert die Aufgabe zufallen, diesen gesellschaftlichen Prozess maßgeblich zu moderieren.

Themen, die gesellschaftlich moderiert sein wollen, gibt es in den Zeiten krisenhafter Veränderungen, denen wir uns nähern, genug. „Open Space steht immer unter einem Generalthema. Geeignete Themen haben eine oder mehrere der folgenden Eigenschaften:

- *Dringend* – es brennt den Teilnehmenden unter den Nägeln, es betrifft sie/geht sie an/berührt sie, und die Lösung hätte gestern bereits vorliegen sollen
- *Breit angelegt* – Raum für neue Ideen und kreative Lösungen

- *Komplex* – es gibt viele verschiedene Ideen und Wege, es kann nicht von einer Person gelöst werden
- *Wichtig* – von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Systems“ (Wikipedia Open Space)

Mögliche Generalthemen sind: Sozialer Umbau des globalen Kapitalismus, Sicherung des Sozialstaates, Nachhaltigkeit und Globalisierung, Demokratieentwicklung, Frieden und Friedenspolitik, Menschenrechte, Gendermainstreaming und die Gleichstellung der Frauen, Umwelt, die Energiewende und eine demokratische Wissensgesellschaft, die allen gleiche Bildungschancen bietet und die sich teils berechenbar, teils aber auch ungewiss entwickelnde Altersstruktur der Bevölkerung, im Kontrast zu den demografischen Entwicklungen in den Schwellenländern. Diese Aufzählung lässt sich erweitern.

Bei den vorgenannten Überlegungen sollte allerdings nicht vergessen werden, dass die Ideen der Sozialdemokratie nicht immer identisch mit dem Programm und der Politik der SPD sind. Sie sind und waren auch *nicht immer* das Programm der SPD.

Wir haben es mit einer komplex agierenden Zivilgesellschaft zu tun, deren Programme durchaus sozialdemokratische Züge tragen, aber dennoch mit der Partei SPD konkurrieren.

Der Begriff Zivilgesellschaft geht zurück auf den vom britischen Soziologen Adam Ferguson geprägten Begriff der civil society. In der heutigen wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion hat der Begriff „Zivilgesellschaft“ im Wesentlichen zwei Bedeutungen:

Zum einen bezeichnet er einen Bereich innerhalb einer Gesellschaft, der zwischen staatlicher, wirtschaftlicher und privater Sphäre entstanden ist – oder auch: zwischen Staat, Markt und Familie. Der Bereich wird als öffentlicher Raum gesehen, den heute eine Vielzahl vom Staat mehr oder weniger unabhängigen Vereinigungen mit unterschiedlichem Organisationsgrad und -form bilden – etwa Initiativen, Vereine, Verbände. Der Begriff soziale Bewegung bezeichnet Teile solcher Organisationen. Die Begriffe Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Non-Profit-Organisationen (NPO) werden oft gleichbedeutend mit Zivilgesellschaft verwendet. Sie stellen die organisierte Form zivilgesellschaftlichen Engagements dar.

Zum anderen wird mit „Zivilgesellschaft“ eine Entwicklungsrichtung von Gesellschaften bezeichnet, die mit Zivilisierung und Demokratisierung umschrieben werden kann. In diesem Diskussionsstrang wird oft der Begriff Bürgergesellschaft gleichbedeutend verwendet. Dabei verschwimmen häufig die Grenzen zwischen einer Beschreibung und Erklärung dieses Trends einerseits und der Forderung nach seiner Unterstützung andererseits, d. h.

„Zivilgesellschaft“ wird zur politischen Forderung im Sinne von „mehr Demokratie“. (Aus Wikipedia-Zivilgesellschaft)

Zivilgesellschaftlich betrachtet ist die SPD eine Organisation, die mit anderen um die besten Ideen zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung konkurriert und kooperiert. Dies gilt selbst für die Idee der Sozialdemokratie an sich, welche historisch determiniert, aber zukünftig nicht festgeschrieben ist. In einem System der kompetitiven Intelligenz, in einem zivilgesellschaftlichen Open Space können zukunftsweisende, sozialdemokratische Ideen auch außerhalb von Parteien entstehen, lange bevor sie parteipolitisch implementiert und in Programme eingebunden sind. Die Frage nach dem Open Space der Sozialdemokratie ist also mehr als berechtigt, wenn die Partei, SPD, zukunftsfähig bleiben möchte.

Die Krise der Sozialdemokratie, welche wir in den letzten Jahren erlebt haben, die sich im Rahmen höchster Wählervolatilität, einer wenig zukunftsfähigen Altersstruktur der Wähler

(vgl. Wessels, 2010)³ und auch in dem Verlust von aktiven SPD-Mitgliedern und Sympathisanten an andere Parteien des linken Spektrums zeigte, bezeichnet dabei nicht das Ende, sondern vielmehr den wiederholten Anfang der SPD als Volkspartei des 21. Jahrhunderts.

Historisch gesehen, ist es der SPD immer gelungen, sich innerhalb verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen neu zu orientieren. Dies gelang während des Umbaus von der Arbeiterpartei zu einer breiteren gesellschaftlichen Basis im Rahmen der Angestellten-Revolution der sechziger Jahre, während der tief greifenden gesellschaftlichen Reformen der siebziger und achtziger Jahre und auch in den marktliberalen Strömungen der neunziger Jahre, einer Phase des Aufstieges der europäischen Sozialdemokraten. Gemessen an den Regierungsbeteiligungen stellte das Jahr 1999 einen Höhepunkt der europäischen Sozialdemokratie dar. (ebd. Wessels, 2010) Das vergangene Jahrzehnt brachte die SPD in eine Krise, die gleichzeitig eine gesellschaftliche ist. Der veränderte gesellschaftliche Zusammenhang im Rahmen eines globalen, finanzwirtschaftlich dominierten Kapitalismus geht über die Krise einer Partei weit hinaus. Auch hier ist die SPD weiterhin gefordert, den gesellschaftlichen Prozess, der vor allem in der offenen Frage eines zukünftigen sozialen Miteinanders besteht, aufzugreifen und wenn möglich auch zu moderieren.

Als Volkspartei muss die SPD daher aktiv auf den zivilgesellschaftlichen Raum, den Open Space, zugehen und die eigene Krise auch für das Verständnis der gesellschaftlichen Krise nutzen. Eine Partei, die aus sich herausgeht, wird weitere innere Krisen erleben, ist aber zugleich in der Lage in die Gesellschaft hinein zu wachsen.

Die Parteireform der SPD, welche auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossen wurde, stellt hier einen richtigen Schritt zur Öffnung der Partei in die Gesellschaft dar. Unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen kann man sich dabei nicht auf einen permanenten „Tag der offenen Tür“ beschränken. Die Partei kann nicht einfach abwarten, sondern muss sich aktiv in die Zivilgesellschaft hineinbewegen. Das Hineinwachsen in eine pluralistische und teils fragmentierte Gesellschaft beschreibt nicht nur den Kraftakt von einer organisatorischen Geschlossenheit zu einer organisationellen Öffnung zu gelangen, sondern vor allem einen grundsätzlichen Perspektivwechsel. Das politische gesellschaftliche Geschehen hat sich in den letzten zwanzig Jahren vom parteipolitischen zum zivilgesellschaftlichen Engagement verlagert. Eine fortlaufende Entwicklung, wie der „Freiwilligensurvey“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigt, der von TNS-Infratest 2009 vorgelegt wurde:

Die Reichweite der Zivilgesellschaft: Der aktuelle Freiwilligensurvey zeigt, dass 2009 71 % der Bevölkerung in Vereinen, Organisationen, Gruppen oder öffentlichen Einrichtungen (also im dritten Sektor bzw. in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft) teilnehmend aktiv waren, nach 66 % im Jahr 1999. (Hauptbericht des Freiwilligen-Survey. 2009)⁴

In Europa existieren zehntausende Organisationen, Gruppen und Initiativen, die politische Akzente setzen. Zumeist geht es dabei um Partialinteressen, häufig aber auch um höher stehende gesellschaftliche Ideale, die sehr wohl mit sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbar sind. In vielen Fällen besteht eine eigentümliche Fremdheit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der sozialdemokratischen Partei, welche trotz ähnlicher politischer Ideen zum Kommunikationshindernis geworden ist. So lässt sich eine breite politische Bewegung für die Regulierung der Finanzmärkte beobachten, die von den Naturfreunden über die Kirchen und Gewerkschaften, aber auch Unternehmergruppen, bis zu

den Linken und marxistischen Gruppen reicht, an welcher aber die SPD trotz konvergenter Programmatik nicht so intensiv beteiligt ist, wie man es von einer Volkspartei erwarten würde.

Die Sozialdemokratie hat immer gesellschaftliche Ideen aufgegriffen und weiter verfolgt. Bis hin zu einer programmatischen Reife neuer Ideen, war es oft ein langer Weg, bis zur Umsetzung in Regierungsverantwortung ein noch längerer. Dies zeigt aber auch, dass die Partei nie der alleinige und originäre Vertreter von sozialdemokratisch adaptierten Ideen war. Die SPD war und ist immer dann im Besitz der Definitionshoheit, wenn sie sich aus der egozentrischen Parteienperspektive in die allozentrische Gesellschaftsperspektive bewegt hat oder gerade bewegt.

Dieser Umstand bedarf einer Erläuterung. Die „Ich-bezogene“ egozentrische Perspektive in der Sicht auf die Umwelt, wird *kognitionspsychologisch* dann verlassen, wenn ein Ich-unabhängiges, allgemeines oder globales Koordinatensystem gewählt wird. Eine Position, die auch als allozentrisch bezeichnet wird, weil sie sich an positionsunabhängigen allgemeinen Werten orientiert. Für die Einnahme einer allozentrischen Position benötigt man beispielsweise eine Karte, welche zwar die Position des Beobachters verzeichnet, aber unabhängig zu seiner eigenen Perspektive, Realitäten objektiv kartiert. Gemeint ist in diesem Zusammenhang eine gesellschaftliche Kartierung, welche deutlich über das hinausgeht, was aus der Perspektive einer bestimmten politischen Partei noch relevant erscheint. Im Falle der SPD gelang die Einnahme dieser allozentrischen Perspektive immer dann, wenn die Partei gezwungen war, sich auf vollkommen neue gesellschaftliche Randbedingungen einzustellen. Dies war vor allem in den sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Fall, in denen tief greifende gesellschaftliche Änderungen zunächst von den Jungsozialisten und dann schrittweise von großen Teilen der Sozialdemokratie aufgegriffen wurden. Eine Phase in der die Sozialdemokratie größte gesellschaftliche Bedeutung errang und durch ihre Nähe zu den relevanten gesellschaftlichen Prozessen die kritische Öffentlichkeit dominieren konnte.

Diese Erfahrung ist so grundsätzlicher Art, dass man die Empfehlung aussprechen möchte, jedes Mitglied möge sich das in seinem Parteibuch schriftlich vermerken. Es ist das Erfolgsrezept der SPD und der Sozialdemokratie.

Damit die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert ihrer Aufgabe als gesellschaftlich moderierende Kraft gerecht werden kann, muss sie wissen, was zivilgesellschaftlich gespielt wird. Gesellschaftlich aktive Gruppen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend von der Politik gelöst und sich miteinander vernetzt. Schon wird von einer neuen zivilgesellschaftlichen Macht gesprochen. In einigen Publikationen von Social Entrepreneurs, einer Bewegung von Unternehmern, die den sozialen „Return on Investment“ vor den Profit stellen, taucht sogar die Redewendung von einer „zivilgesellschaftlichen Peitsche“ für die Politik auf. Wer sind diese „Shaping Actors“, die Akteure, im Umfeld der SPD, die sich in einem neuen Trend zum sozialen Unternehmertum bewegen? Wer sind die Akteure in den NGOs, den Bürgerinitiativen und den Netzwerken, die sich immer mehr anschicken, die Politik zu bestimmen? Was sind ihre Forderungen und worin besteht ihre Macht?

In einer Umfeldanalyse lässt sich diesen Fragen systematisch nachgehen. Die wesentlichen methodischen Merkmale der Umfeldanalyse, des „Environmental Scanning“ sind:

- Scanning und Monitoring – Gezielte Bearbeitung eines vorher festgelegten Feldes
- Umfeldstrukturierung beispielsweise durch STEEP-Methode (Society, Tecnology, Economy, Ecology, Politics)

- Systematische Erfassung aller relevanter Daten, Faktoren und Akteure
- Identifikation der „Shaping Factors and Shaping Actors“ (wo liegen die treibenden Kräfte?)
- Semantische Verknüpfung des Materials, Kategorisierung
- Visualisierung und Strukturierung (beispielsweise in einer Mind-Map)
- Reduzieren des Rauschens und Komplexitätsreduktion durch intuitives Ranking und Schlüsselfaktor-Analyse
- Identifikation von „weak signals“ und „hidden trends“
- Berücksichtigung von Extrempositionen
- Semiotische Aufarbeitung, Anzeichen für Spuren, Vorzeichen, politische und gesellschaftliche Trends in der Zivilgesellschaft
- Ableitung möglicher gesellschaftlicher Trends und Zukünfte
- *Identifizierung des Beitrages der Umfeldanalyse für eine Roadmap der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert*
- Implementierung eines Umfeld-Radars, welches ständige Aktualisierung erfordert

Diese Arbeit soll hier erbracht werden und durch eine implementierbare grafische und webbasierte Umfeldanalyse ergänzt werden. Auf diesem Wege lässt sich ein fortlaufendes „environmental Monitoring“ für die Partei auch zukünftig zur Verfügung stellen.

Noch einige Worte zu den zivilgesellschaftlichen Trends und Entwicklungen, für die keine Umfeldanalyse benötigt wird, weil sie schon seit längerem bekannt sind. Man könnte hier auch von einem Trend-Mainstream sprechen, der sich auch politisch deutlich auswirkt, aber in dieser Arbeit nicht mit Priorität behandelt wird. Gemeint sind unter anderem die großen Megatrends des 21. Jahrhunderts, die in einschlägigen Publikationen vielfältig nachgelesen werden können:

- Globalisierung mit seinem Gegentrend: Regionalisierung und Nationalisierung
- Urbanisierung
- Feminisierung (gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Empowerment)
- Individualisierung
- Überalterung und Down-Aging (jüngere Ältere)
- Life Science und Gesundheit
- Spiritualisierung
- Wissensgesellschaft
- Bildung – Neues Lernen und lebenslanges Lernen
- New Work – Neue Arbeitsformen
- Mobilität

Diese aus einer Arbeit von Matthias Horx (Horx, 2007)⁵ entnommenen Megatrends sind in der Gemeinde der Zukunftsforscher weitgehender und modifizierter Konsens, und unterliegen bestimmten Kriterien, die an dieser Stelle ebenfalls erwähnt werden sollten, um den Mainstream besser von der explorativen Umfeldforschung abzugrenzen.

- Impact: Ein Megatrend sollte mindestens über 30 Jahre Halbwertszeit verfügen, bis er seinen Zenit erreicht.
- Ubiquität: Ein Megatrend bildet Signale in allen Lebensbereichen, er ist „allgegenwärtig“ und entwickelt Signifikanten in Konsum, Ökonomie, Lebenswelt etc.
- Universalität: Ein Megatrend hat einen grundlegend globalen Charakter, auch wenn er sich in den verschiedenen Regionen und Kulturen unterschiedlich schnell

durchsetzt.

- Robustheit: Ein echter Megatrend verträgt auch Backslashes, also vorübergehende Rückschläge, ohne seine Dynamik zu verlieren.

In diesem Reader geht es explizit nicht um Megatrends, wenn diese auch bei der Einschätzung der Relevanz von Schlüsselfaktoren und Schlüsselakteuren im Umfeld der Partei eine gewisse Rolle spielen. Dennoch liegt das eigentliche Interesse dieser Arbeit neben der Erstellung einer Übersicht, in der Identifikation verborgener gesellschaftlicher Trends und Wertverschiebungen, die von der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert nicht nur erkannt, sondern auch aufgegriffen werden sollten.

Über den Megatrend der Individualisierung, der maßgeblich an dem Erfolg der Zivilgesellschaft mitwirkt und welchen der Soziologe Ulrich Beck in seinen Schriften zur Risikogesellschaft untersuchte, sagte Beck 1996 in einem Interview zur Zukunft der Zivilgesellschaft:

„Es gibt hier inzwischen eine starke Irritation, die dazu führt, dass man sich sowohl auf der linken, wie auf der rechten Seite gegen diese Individualisierung abschottet. Und dabei wird verkannt, was sie politisch bedeutet! Sie ist keineswegs gleichzusetzen mit Privatisierung, Rückzug ins Private und Subjektivismus, sondern es ist einfach ein Ausbrechen aus den bisherigen Stereotypen und eine Neuvernetzung über politische Gräben hinweg, die schon einem Aufbruch nahe kommt.“ (Ulrich Beck in Zukunft der Zivilgesellschaft)⁶

Das Internet und die Vertreter des freien Internets. Konvergenzen, Divergenzen und programmatische Defizite in der Netzpolitik der SPD

Die Piraten sind keine deutsche Erfindung, der Gründer der Partei ist Schwede und heißt Richard Falkvinge. Er gründete die schwedischen Piraten 2006. Der Grundimpuls für eine politische Partei, die eine typische Webpartei war und ihre Partizipation über das Web entfaltete war die Freiheit des www und seiner User. Die Idee schlug ein und die Piratenpartei hatte in den ersten zwei Tagen ihrer Webpräsenz bereits drei Millionen Besucher. Ob die Bittorrent Plattform Pirate-Bay ideeller Namensgeber der Partei war, ist nicht auszumachen. Allerdings war die Schließung dieser Seite begleitet von extensiven polizeilichen Ermittlungen wegen Urheberrechts-Verletzungen eine Art Initialzündung, welche der Piratenpartei viele Sympathien in der Webgemeinde einbrachte. Die Forderung nach Legalisierung von Privatkopien und Einschränkung des Patentrechtes entsprach den Bedürfnissen vieler Internet-Nutzer. Dennoch erhielten die Piraten die 2006 zu den Wahlen in Schweden antraten nur 0,63%.

Die Partei von Falkvinge blieb aber ein Web-Faktor, insbesondere bei den jungen Internet-Usern und schaffte es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament drei Jahre später auf 7,13%. Bei den Wählern unter 30 waren es 25% in Schweden.

Falkvinge, der als umstrittene, aber äußerst charismatische Führungspersönlichkeit gilt, hat einen Führungsstil geprägt, den man auch als Anti-Leadership-Style bezeichnen könnte. In einer fast schon exhibitionistischen Offenheit gab er immer wieder eigene Schwächen, persönliche Notlagen, aber auch inakzeptable Fehleinstellungen zu, die anderen Führern längst das Genick gebrochen hätten. Falkvinge hat als Unternehmertyp eine ausgesprochen zerrissene Biografie, die von vielen Abbrüchen gezeichnet ist, deren Klammer allein sein politisches Engagement zu sein scheint, welches er schon lange vor Gründung der Piratenpartei hatte. Als Jugendlicher war in der „Moderata samlingspartiet“ aktiv, eine eher konservative Mitte-Rechts-Partei mit liberalen Merkmalen. Dementsprechend sprach sich Falkvinge massiv für die Privatsphäre der Bürger aus und lehnte jede Form von Bevormundung und Überwachung ab. Diese Positionen finden sich auch heute als ideologische Grundpfeiler bei den Piraten, die den gläsernen Bürger vehement ablehnen und stattdessen den gläsernen Staat fordern. In Teilen eine liberale Position übrigens auch in Deutschland, vertreten von der FDP, auf die die Piraten bei ihrem aktuellen Bundesparteitag deutlichen Bezug nahmen, während umgekehrt einzelne FDP-Politiker bereits eine neue liberale Bewegung bei den Piraten verorteten. Zumindest weist der amtierende Bundesvorsitzende, Sebastian Nerz, in seiner Rede vor dem Bundesparteitag darauf hin.

Falkvinge selbst präsentierte sich während seiner gesamten bisherigen politischen Karriere aber eher gläsern, was ihm vielleicht durch den Anonymus-Modus des Internets erleichtert wurde. Sehr interessant, dass er sich dafür ein Pseudonym zugelegt hat. Bürgerlich heißt er Dick Augustsson und hat sich seinen Künstlernamen Richard Falkvinge angeblich wegen Schmähungen seines Vornamens in der Gemeinde der Software-Entwickler zugelegt. Schlüssig aufklären kann er seine Motivation für die Namensänderung nicht. Es bleiben Fragezeichen. Er sagt, dass er die Flugkünste von Greifvögeln bewundere. *Richard Falkenflügel* erinnert in romantischem Kontext eher an einen modernen Ritter mit Ambitionen zu Höherem. Die Pseudonym-Technik, die zweifelsohne geeignet ist, Mythen zu erzeugen, wie man schon bei Herbert Frahm, alias Willy Brandt feststellen konnte, wird auch von deutschen Führern der Piratenpartei und ihren Mitgliedern als politische Visitenkarte genutzt. Die ehemalige politische Geschäftsführerin der Partei, Marina Weisband, nennt sich auf Twitter "Afelia", sie bekennt altmodisch und trendy zugleich: *"Ich bin einen Dame. Es lebt*

niemand, der etwas anderes behaupten könnte." Eine derart gedrechselte Formulierung der 24-jährigen Psychologie-Studentin befremdet und hebt heraus. Auch der Machtanspruch scheint hier durch und man könnte den Spruch sogar invers interpretieren. Dann würde er absolutistisch klingen. " Ich bin eine Dame. Wer das bestreitet, lebt nicht mehr lange." Richard Falkenflügel hat als Erfinder von Identität offensichtlich Spuren in der Piratengemeinde hinterlassen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass er phantasiert die rechte Hand von Richard Löwenherz sein könnte.

Das Spiel mit der Anonymität und der kreativen Erfindung eigener, träumerischer Identitäten kontrastiert tatsächlich mit der schwedischen Realität des gläsernen Bürgers, die maßgeblich für den Anfangserfolg der Partei gerade in Schweden eine Rolle gespielt hat. Schweden ist ein nüchternes Land gleichberechtigter Bürger, welches aber deren Verhältnisse gnadenlos offen legt. In Schweden gibt es wenig Spielraum für Geheimniskrämerei, die Privatsphäre ist tatsächlich auf das eigentlich Private begrenzt. Ein Erbe der sozialdemokratischen Tradition in diesem Land und zugleich ein Spannungsfeld, das sich auch in Deutschland zwischen Sozialdemokraten und Piraten entwickeln dürfte. Die deutschen Piraten stehen erkennbar in der Tradition ihrer schwedischen Gründer.

Dennoch ist es nicht erstaunlich, dass nun eine ganze Reihe linker und grüner Programmpunkte bei den Piraten auftauchen. In erster Linie ist es eine Jugendpartei, die sich vor allem unkonventionell und idealistisch gibt. Ganz im Vordergrund steht dabei der Gedanke der Basisdemokratie den die Alternative Liste bereits in den Achtzigern etablierte. Man streitet sich stundenlang über das demokratischste Abstimmungsverfahren. Eine leidenschaftliche Bemühung um direkte oder "echte" Demokratie, wie eine Parteitagsteilnehmerin es nannte. Die Piraten sind für den breiten Einsatz von Volksabstimmungen, unter anderem für oder gegen das bedingungslose Grundeinkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen stammt aus dem linken politischen Spektrum und stellt programmatisch derzeit am ehesten eine Überschneidung zu den Positionen der "Linken" dar. In der Umweltpolitik gibt es bei den Piraten viel Mainstream im Sinne eines ohnehin schon überwiegenden gesellschaftlichen Konsenses für ökologische Nachhaltigkeit. Das interessanteste Konzept ist jedoch die Schaffung einer radikalen Offenheit des Staates. Unter dem Programmpunkt "Transparenz" erklären sie:

"Die Abkehr vom "Prinzip der Geheimhaltung", der Verwaltungs- und Politikvorstellung eines überkommenen Staatsbegriffs und die Betonung des "Prinzips der Öffentlichkeit", das einen mündigen Bürger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns und Gestaltens stellt, schafft nach der festen Überzeugung der Piratenpartei die unabdingbaren Voraussetzungen für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung."

Konkret bedeutet dies:

"Die Piratenpartei will in diesem Sinne auf die Transparenz aller staatlichen Prozesse hinwirken und fordert daher:

Jeder Bürger hat unabhängig von der Betroffenheit und ohne den Zwang zur Begründung das Recht auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung, Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen. Dies gilt ebenso für schriftliches Aktenmaterial wie digitale oder andere Medien.

Seine Schranken findet dieses Recht in den Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, der nationalen Sicherheit, zur Verhinderung von Straftaten und ähnlichem. Diese Ausnahmeregelungen sind möglichst eng und eindeutig zu formulieren und dürfen nicht pauschal ganze Behörden oder Verwaltungsgebiete ausgrenzen."

Sicher hat die Piratenpartei ihre Identität zwischen Liberalismus, Basisdemokratie und gesellschaftlicher Solidarität noch nicht gefunden. Sie versteht es allerdings ausgezeichnet, das Internet zu einem Instrument ihrer Art von Demokratieentwicklung zu machen und hat wenig Hemmungen, hier eine virtuelle Gegenöffentlichkeit quer über alle politischen Orientierungen zu legen. Bei den Piraten tummeln sich Anarchisten neben Yuppies und das macht diese Partei zu einer interessanten Bewegung, die sich zukünftig vielleicht auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen konzentrieren wird, aber keinesfalls in einer schon existierenden Partei aufzulösen ist.

Bedeutsam für eine Umfeldanalyse ist immer die Peripherie. Was sich im Randbereich politischen und gesellschaftlichen Mainstreams abspielt, ist nicht selten der Trend von Morgen. Welche gesellschaftliche Bedeutung hatten die Piraten bei ihrer Gründung in 2006 und welche Bedeutung haben sie heute? Ja, dem Internet selbst wurde noch Anfang der neunziger Jahre ein schneller Tod vorhergesagt. Auch das Internet kam vom Rand und nicht aus der Mitte der Gesellschaft, dort kannten sich anfangs nur Spezialisten und begnadete Hacker aus. Der Chaos-Computer-Club hat sich von einer Ansammlung halbkrimineller Anarchisten zu einem respektablen Verein älterer, politisch engagierter Damen und Herren gewandelt. Was im Internet aufkeimt, ist häufig schwer einzuschätzen, wie die Gruppe Anonymus, die gegen das mexikanische Drogenkartell „Las Zetas“ ebenso kämpft, wie gegen Scientology in Berlin und sich nun in der Occupy-Bewegung gegen die mächtigen Player der Finanzmärkte positioniert. Politisch schwierig zu verorten, eher links als rechts, zumeist mit deutlichem liberalem Einschlag, welcher aber auch anarchistisch gemeint sein könnte, entziehen sich viele Internetgruppen einer zuverlässigen politischen Analyse.

Wenn man aber die Richtung der politischen Vektoren, welche das Umfeld der Piratenpartei kennzeichnen, interpretieren möchte, kommt man an einer Feststellung nicht vorbei. Eine zunehmende Regulierung des Internets ist nicht gewollt und wird von diesen Gruppen abgelehnt. Weder die SPD noch die Grünen und die Linken sind für diese Zukunftsfragen des Internets programmatisch hinreichend gerüstet. Dies ist eine Ursache für den Erfolg der Piraten-Partei.

Eine Volkspartei befindet sich zwangsläufig im politischen und gesellschaftlichen Main-Stream. Innovationen kamen aber nur selten aus der gesellschaftlichen Mitte. Zu scharf sind die Restriktionen, die unkonventionellen Gruppen und Personen drohen, wenn sie beabsichtigen, zugleich in der Mitte der Gesellschaft Karriere zu machen und ihre abweichenden Überzeugungen zu halten.

Rick Falkvinge, der schwedische Gründer der Piraten-Partei hat sich zuvor im liberal-konservativen Lager der schwedischen Parteienlandschaft versucht. Er vertrat und vertritt zum Teil Meinungen, die wenig „politisch korrekt“ sind und in der Mehrheit der Gesellschaft auf deutliche Ablehnung stoßen. So war es ausgesprochen schwierig für die Piraten, sich im Umgang mit Kinderpornographie im Internet zu positionieren. Falkvinge war gar für deren Legalisierung, was letztlich zu seinem Rücktritt als Vorsitzender der schwedischen Piratenpartei in 2011 geführt hat. Dennoch halten die Piraten die Position, dass der Kampf gegen die Kinderpornographie nicht zu einem Kampf gegen die Freiheit des Internets werden darf. Auch die Online-Überwachung wird von den Piraten sehr grundsätzlich abgelehnt. Sie haben den Slogan: „Privater Bürger – Gläserner Staat!“

Wie positioniert sich die SPD als potentielle Regierungspartei zu diesen Grundauffassungen, die zumindest den Einstellungen der schwedischen Sozialdemokraten, die den gläsernen Bürger in Schweden geschaffen haben, diametral gegenüber stehen?

Viele junge Wähler verfolgen gesetzliche Regulierungen in Bezug auf das Internet mit äußerstem Misstrauen. Auf der anderen Seite empfindet die „Generation Pseudonym“ einen absoluten Schutz ihrer Privatsphäre im „öffentlichen Raum“ Internet als unantastbares Grundrecht, obwohl die „Generation Facebook“ schon längst die Öffentlichste aller Generationen geworden ist.

Es gibt hier Zielkonflikte, die schwer aufzulösen sind. Dies könnte durchaus als typisch für viele Trends betrachtet werden. Sie folgen häufig einer binären Codierung. Eine Hervorhebung des Individuums im Netz wird ebenso gewünscht, wie dessen Schutz vor der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit im Web X.0 ist dabei janusköpfig angelegt. Sie verleiht Macht und Ohnmacht zugleich.

Anonymus entfaltet deshalb eine erhebliche Symbolkraft, weil sich hinter der Maske des „guten Rächers“ jeder verbergen kann. Schutzbedürfnis auf der einen Seite und Machtwünsche auf der anderen ist ein weiteres Beispiel für einen Zielkonflikt der jungen „Internet-Generation“. Politische Anonymität spielt für die junge Generation auch deshalb eine so große Rolle, weil die Daumenschrauben im gesellschaftlichen Karrierebetrieb erheblich angezogen wurden. Personal-Chefs lassen inzwischen routinemäßig Bewerber googeln. Was, wenn dort unliebsame politische oder private Aktivitäten eines Bewerbers auftauchen? Das Web im Google-Zeitalter kann wie eine schwarze Liste wirken von der man zeitlebens nicht mehr herunter kommt.

Das netzpolitische Grundsatzprogramm der SPD, das auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 vorlag, gibt hierzu wenige Antworten. Es stellt noch nicht einmal die entscheidenden Fragen zu diesem Thema. Der Zugang zum Thema Web 2.0 wirkt in diesem Programmpapier eigentümlich fremd oder fremdelnd, obwohl freier Zugang für alle gefordert wird und zwar auf Breitband-Niveau. Dennoch wirken die sozialdemokratischen Ideen dort wie der Versuch, das World-Wide-Web auf die Brisanz einer mittleren Stadtbibliothek zu reduzieren.

Demokratie lebt von Offenheit und Transparenz. Wenn Menschen Angst haben, sich im Internet zu zeigen, oder ihren wirklichen Namen zu verraten, dann wird es über kurz oder lang schwierig für die „Digitale Demokratie“, die in diesem Parteitagspapier proklamiert wird. Kann man sich in der digitalen Demokratie ohne Angst vor Repressalien öffentlich zeigen und dabei seine Meinung äußern, oder benötigen unsere Bürger den Schutz dieser „Anonymus-Maske“, die programmatisch indirekt von der Piratenpartei gefordert wird? Wer nichts Ungesetzliches angestellt hat, hat auch nichts zu verbergen. Stimmt das? Es gibt genau genommen keine einzige Stellungnahme zur persönlichen Freiheit im Web in diesem Grundsatzprogramm:

„Die Sicherheit der Netzinfrastruktur steht dabei ganz oben auf unserer Agenda. Wir werden Wege und Mittel suchen und finden, um Diskriminierung im Internet zu verhindern und zu ahnden. Den Kampf gegen Viren und Spam muss der Staat Hand in Hand gemeinsam mit IT-Unternehmen angehen.“ (aus SPD-Leitantrag: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der digitalen Demokratie, Bundesparteitag, 5.12.2011)

Sicherheit wird also in der SPD ganz anders definiert, als im Umfeld der Piraten. Während die SPD Akzente bei der Bekämpfung von Diskriminierung, Mobbing, Belästigung und Internet-

Kriminalität setzt, haben die Piraten und sympathisierende Gruppen ihren Schwerpunkt eindeutig beim Kampf gegen „Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei“.

Wer das netzpolitische Grundsatzprogramm der SPD und das Programm der Piraten nebeneinander legt, sieht breite und trennende Gräben vor sich.

Keine Stellungnahme zum Schutz der Privatsphäre im Internet, keine Stellungnahme zur „Online-Durchsuchung“, lediglich der folgende Verweis findet sich in dem Programm der SPD:

„Wir setzen uns für ein gesetzliches Verbot von sog. Deep-Package-Inspections ein, um auch das Briefgeheimnis im Internet zu wahren und eine mögliche Mediennutzungsüberwachung ausschließen zu können.“ (Leitantrag, ebd.)

Die Frage, ob die Festplatte meines Netbooks genauso zur Privatsphäre zählt, wie mein Wohnzimmer, wird gar nicht erst gestellt. Sie wäre aber sehr berechtigt, weil niemand auf die Idee kommen würde, im Rahmen einer Rasterfahndung großflächig Wohnzimmer zu durchsuchen, Festplatten aber schon.

Auch wenn sich die SPD als Teil der „Open-Data-Bewegung“ begreift, kann sie diese Behauptung programmatisch kaum unterlegen. Der Hinweis auf „Open-Gouvernement-Days“ wirkt da etwas knapp. Stattdessen findet sich dieser Satz: *„Offene Daten bedeuten auch einen Kulturwandel in der Verwaltung, der von Fortbildungsmaßnahmen begleitet sein muss. Sie schaffen eine gewisse Öffentlichkeit, lösen aber auch berechtigte Befürchtungen vor zu großer Transparenz aus.“* Die indirekte Aussage, man könne es mit der Transparenz auch übertreiben, hat für eine Volkspartei zwar eine Berechtigung, löst aber ein erhebliches Distanzempfinden gerade in den jüngeren Bevölkerungsteilen aus, für die der transparente Staat ein grundsätzliches Anliegen ist.

Ganz weit entfernt sich die SPD von den jungen Internet-Usern, wenn sie für jene einen „Medienkompetenz-Führerschein“ ins Spiel bringt. Junge Internet-Nutzer, die bereits große Teile ihres Lebens vor dem Computer verbracht haben und eine weit höhere Kompetenz im Umgang mit dem Internet haben, als viele SPD-Mitglieder, werden einen solchen erzieherischen Ansatz kaum goutieren. Vergessen wir nicht, dass hier informelle Aufklärung längst stattfindet und von den Älteren zu den Jüngeren weitergereicht wird. Außerdem wird das Netz von jungen Menschen als willkommener Raum verstanden, in dem sie sich ausprobieren können. Bereits der Versuch von Bevormundungen weckt da Aversionen. Schließlich wird im Papier selbst darauf hingewiesen, dass es bereits Internet-Initiativen von Elterninitiativen und Vereinen gibt, die Content für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellen und dafür sorgen, dass Kinder sich in sicheren Internet-Bereichen bewegen. Diese Initiativen haben allerdings mit der SPD überhaupt nichts zu tun. Wohlmeinende sozialdemokratische Medienpädagogik ist für diese aktiven Gruppen eher überflüssig. Besser wäre es, die Sozialdemokraten würden für ihre Netzpolitik dort um Rat fragen.

Auch die Tendenz, die politische Bildung der mündigen Bürger als Internet-Chance Nummer eins hervorzuheben, wird bei vielen Menschen eher ein Distanzgefühl zur Sozialdemokratie verursachen. Werbung ist das jedenfalls nicht.

Der Drang zur pädagogischen Beeinflussung der Bevölkerung gehört zu den zwiespältigsten Eigenschaften der Sozialdemokraten, welcher auch an politischen Fehlentwicklungen der Sozialdemokratie beteiligt war.

So war die Agenda-Politik der Regierung Schröder, welche zu erheblichen Popularitätsverlusten der Sozialdemokratie in der Bevölkerung führte und der SPD die

Konkurrenz durch die Linken eingebracht hat, gespickt mit pädagogischen Vorhaltungen an verschiedene, insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen. Am schlimmsten wirkte hier wohl ein vielfach kolportierter Spruch, der Franz Müntefering zugeschrieben wird: „Wer essen will, soll auch arbeiten!“

Bewusste und vorsätzliche pädagogische Einwirkung auf subjektiv mündige Bürger ist der schlechteste Weg, um die Sozialdemokratie breiter in der Bevölkerung zu verankern. Im Umgang mit den Herausforderungen des Internet-Zeitalters offenbart sich eine ausgesprochene Schwäche der Sozialdemokraten: Sie werben pädagogisch zu ambitioniert!

Das Web lebt von Trends von Moden und von Identifikationen, die schnell wechseln können. Es ist schnelllebig und die Menschen, die sich im Web bewegen, erleben sich als äußerst unabhängig. Bevormundungen, gut gemeinte Pädagogik und Reglementierungen sind mit diesem Lebensgefühl nicht im Geringsten kompatibel.

Wenn die Sozialdemokratie so weit käme, soziale Trends aufzugreifen und zu unterstützen, ohne sie an sich zu ziehen und steuern zu wollen, wäre sie schon einen wesentlichen Schritt weiter. Bereits die aktuelle Diktion der Sozialdemokraten ist mit den jüngeren Zielgruppen, die auch über das Internet erreicht werden sollen, nicht immer kompatibel. Sie stößt an vielen Stellen eher ab. Werbung für sozialdemokratische Ideen muss sich der Diktion der Internet-Generation anpassen und darf auf keinen Fall pädagogisch daherkommen. Neue Trends funktionieren nicht nach dem Muster: „Sozial ist Pflicht“, sondern nach dem Slogan, „*Sozial ist Schick!*“ oder „*social is beautiful!*“ Das Hauptmerkmal des Lebensgefühls im Web ist nun mal die Zwanglosigkeit.

Das beste Understatement, das die Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang zeigen könnten, wäre eine erkennbare und vielleicht humorvolle Distanz von ihren eigenen bevölkerungs-pädagogischen Ambitionen!

Ich werde diese Überlegungen an späterer Stelle bei der Untersuchung einer anderen gesellschaftlichen Szene, den „social entrepreneurs“ fortführen.

Die Rolle der NGOs in der politischen Meinungsbildung

In der Otto-Group Trendstudie 2011, in der es vor allem um Einstellungen zum ethischen Konsum geht, äußerten *„nur noch 15% der Befragten vertrauen in die Politik. Damit genießt die Politik ein ähnlich geringes Vertrauen, wie die Werbung mit 10%. NGOs wie Greenpeace, WWF oder Foodwatch sind für 72 % der Befragten vertrauenswürdige Organisationen. Mit Blick auf die vergangenen zwei Jahre ist das Vertrauen hier für 16 % der befragten Personen gestiegen.“*(aus Otto-Group Trendstudie 2011)⁷ Die Otto-Group ist die Unternehmensgruppe des Otto-Konzerns mit Versandhandel, Finanzinstituten und Einzelhandelsunternehmen, die eine jährliche Umfrage zum ethischen Konsumverhalten durchführen. Die Otto-Group Trendstudie.

Ganz offensichtlich genießen viele NGOs in unserer Gesellschaft ein wesentlich größeres Vertrauen, als die politischen Parteien. Das Jahr 2011 hat dabei einmal mehr gezeigt, was passieren kann, wenn es politischen Parteien gelingt, sich glaubwürdig in die Reihen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen zu begeben und sich dort solidarisch zu engagieren. Die Grünen konnten auf diese Weise erhebliche Stimmenzuwächse bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg verzeichnen und stellen dort den Ministerpräsidenten, während bei der Berlin-Wahl die Piraten-Partei den politisch etablierten Grünen das Wasser abgegraben hat. Nähe zu bedeutenden zivilgesellschaftlichen Trends, Initiativen und Organisationen schafft Popularität, die dann allerdings nicht in Stein gemeißelt ist, wie das Beispiel der Grünen in Berlin zeigt.

Allerdings darf bezweifelt werden, ob großen Volksparteien ein erfolgreiches Engagement im Bereich zivilgesellschaftlicher Partialinteressen immer möglich ist. Volksparteien müssen widersprüchliche gesellschaftliche Interessen integrieren. Sich da auf eine Seite zu schlagen, ist selten der richtige Weg. Auch gibt es kleine Parteien, wie die FDP, die eindeutig Partialinteressen vertreten und dennoch mit einer extremen Wähler-Volatilität zu kämpfen haben. Die überwiegende Zuwendung zu Partialinteressen ist also nicht die ganze Wahrheit einer erfolgreichen Verankerung von politischen Parteien in der Zivilgesellschaft. Was aber in der Otto-Group Trendstudie ebenfalls deutlich wurde, sind erheblich höhere Anforderungen bezüglich der *Transparenz* von Unternehmen und Organisationen, die höhere Glaubwürdigkeitswerte anstreben. *„86% schenken einem Unternehmen mehr Vertrauen, wenn sie eine transparente Informationspolitik ausübt.“* (aus Otto-Group Trendstudie 2011)⁸

Ob sich diese Feststellung auch auf politische Parteien ummünzen lässt, sei dahingestellt. Meinungs- und Willensbildungsprozesse sind in politischen Parteien in ihrer Konflikthaftigkeit oft wesentlich transparenter, als in den meisten Unternehmen und auch in den meisten NGOs. Dennoch führt dieser Umstand für politische Parteien meist nicht zu mehr Popularität oder Vertrauen in der Bevölkerung. Entscheidend sind hier allerdings die Arten der Perzeption und die längerfristige Perspektive. Als die Grünen in den achtziger Jahren heftig über eine basisdemokratische Parteiorganisation stritten, wurden sie in großen Teilen der Bevölkerung und der Politik belächelt. Heute leben wir in einer Zeit, in der Fragen der Basisdemokratie und der direkten Partizipation erneut gestellt werden. Die Grünen haben durch ihre lange und öffentliche Tradition in diesem Bereich einen deutlichen Glaubwürdigkeitsvorteil gegenüber den traditionell organisierten politischen Parteien.

Transparenz hin oder her, geraten Parteien schnell in den Verdacht, politische Vehikel für die Machtgelüste ihrer Funktionäre zu sein. Die Medien reagieren auch aus Gründen der eigenen Popularität eher auf personelle, als auf sachliche Querelen und stellen Meinungsbildungsprozesse in den Parteien schnell als Kampf von Personen um die Macht dar. Häufig werden solche Machtkämpfe von den Medien negativ kommentiert und, um mehr Aufmerksamkeit zu bekommen, auch skandalisiert.

Nehmen wir zunächst ein älteres Beispiel. Obwohl es bei dem Machtkampf zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine vor allem um eine politische Richtungsentscheidung im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ging, wurde die Personalisierung dieses Richtungskampfes Ende der neunziger Jahre in der medialen Öffentlichkeit favorisiert. Diese Personalisierung wirkte so suggestiv, dass sie auch in der SPD selbst zuletzt ausschließlich als Personalfrage diskutiert wurde. Die Ergebnisse dieses Konfliktes sind bekannt. Die Transparenz war nur eine Scheinbare, weil die Sachfragen, die hinter dem persönlichen Konflikt standen, nicht angemessen thematisiert wurden. Was in der Öffentlichkeit aufleuchtete, war ein Machtkampf, der allen geschadet hat und der SPD eine starke Konkurrenzpartei an ihrem linken Rand einbrachte, die Linken, welche im Bundeswahlkampf 2013 wohl wieder von Lafontaine geführt werden.

Eines von vielen aktuelleren Beispielen für eine schädliche Personalisierung richtungspolitischer Kämpfe in Parteien durch die Medien ist die K-Frage der SPD. Einem ausgesprochen gelungenen Parteitag der SPD im Dezember 2011, auf welchem programmatisch eher links, aber dennoch ausgewogen die politische Richtung der SPD im Vorgriff auf den Bundeswahlkampf 2013 abgestimmt wurde, folgt eine mediale Verdächtigungswelle, wer wen wohl als nächstes in der Parteispitze „kalt stellen“ wird. Die Medien sind so darauf fixiert, personelle Machtkämpfe zu kolportieren, dass eine deutlich feststellbare Änderung in der Strategie der SPD, die inhaltlichen Politikfragen zu betonen und sachpolitische Kompromisse zwischen den Flügeln zu suchen, möglichst gar nicht wahrgenommen wird. Die politischen Parteien werden auf diesem Wege von den Leitmedien gnadenlos zurück in die Schlacht um Persönlichkeitsprofile gedrängt, wo eigentlich inhaltliche Arbeit kolportiert werden sollte. Über Anmerkungen zu Sigmar Gabriels Machtstreben und einer angeblichen Entmachtung von Andrea Nahles als Generalsekretärin entgeht beispielsweise dem „Spiegel“ vollständig eine große Übereinstimmung des gesamten Parteivorstandes in den Maßnahmen gegen die aktuelle Finanz- und Währungskrise. Steinbrück, Gabriel und Steinmeier sowie Andrea Nahles liegen hier in den wesentlichen Punkten sehr nah beieinander.

Obwohl die Machtstrukturen in den meisten NGOs für die Öffentlichkeit wenig transparent sind, genießen sie ein ausgesprochenes Vertrauen. Dies mag daran liegen, dass politische Positionen vor allem mit dem Label einer Organisation verknüpft werden und nicht so sehr mit mächtigen Einzelpersonen, welche eine öffentliche Aufmerksamkeit haben. Auch die Piraten-Partei in Deutschland hat bisher keine charismatischen Leader hervorgebracht. Hier wirkt, ähnlich wie anfangs bei den Grünen, das „Label“ als Programm.

Man könnte die Vermutung wagen, dass demokratische Gesellschaften ein gesundes Misstrauen gegenüber mächtigen Einzelpersonen entwickeln und Personen-Kult grundsätzlich eher ablehnen. Die Mediengesellschaft befördert allerdings den Personen-Kult und die Personalisierung von politischen Fragen. Die fehlgeleitete Transparenz, die daraus resultiert, geht voll zu Lasten der etablierten politischen Parteien. Die meisten NGOs profitieren von diesem Dilemma der Politik, obwohl sie selbst häufig *wesentliche Defizite in der Transparenz* ihrer Machtstrukturen und organisationsinternen Willensbildungen aufweisen.

Werbung politischer Parteien gegenüber und im Vergleich zu NGOs – Neue Trends und Corporate Social Responsibility (CSR)

Im zivilgesellschaftlichen Wettbewerb der Ideen und Organisationen kommt es nicht zuletzt auf werbewirksame Auftritte an. NGOs haben hier gegenüber politischen Parteien den großen Vorteil, keine komplexen Integrationsprozesse von gesellschaftlichen Partialinteressen repräsentieren zu müssen. Dies erleichtert die Visualisierung von Organisationszielen zu Werbezwecken erheblich. Eine Marke wie Greenpeace hat eine hohe Visibilität und kann mit mediengerechten Bildern Kampagnen gewinnen, wie das Beispiel der Ölplattform Brent-Spar gezeigt hat.

Von den Konsumenten wird die Visibilität von Inhalten häufig mit Transparenz verwechselt. Was man sehen kann, hält man eher für transparent, als abstrakte sprachliche Hinweise auf die Komplexität eines Sachverhaltes. Dies obwohl letzteres sicher ehrlicher im Sinne von Transparenz wäre.

An dieser Stelle, bevor es um die NGOs im Umfeld der SPD gehen wird, daher noch ein Wort zur politischen Werbung.

Werbung ist bekanntlich eine suggestive Disziplin und steht damit zu Recht in einem unseriösen Ruf. Obwohl die Verbraucher nach der *Otto-Group Trendstudie* nur zu 10% der Werbung vertrauen, handeln sie nach verschiedenen älteren sozialpsychologischen Studien wesentlich häufiger im Sinne von erfolgreichen Werbebotschaften, als sie es selbst zugeben würden. Dieses Phänomen wird auch als kognitive Schere oder kognitive Dissonanz bezeichnet. Es ist allgegenwärtig. Die Tatsache, dass Werbung häufig am Bewusstsein vorbei auf unbewusste Befindlichkeiten von Verbrauchern zielt und sich diese zu Nutze macht, stellt für die politische Werbung ein echtes Problem dar. Schließlich sollen politische Entscheidungen möglichst bewusst und aufgeklärt getroffen werden und nicht aus dem Bauch heraus. Durch politische Werbung wird aber die ethische Grenze zur Manipulation und zum Populismus gerade in Wahlkämpfen leicht überschritten.

Dennoch hat politische Werbung natürlich eine herausragende Bedeutung und auch Berechtigung bei gesellschaftlichen Willensbildungs-Prozessen. Viele NGOs agieren ausgesprochen erfolgreich mit politischer Werbung. Ein extrem bekanntes Beispiel ist die Besetzung der Öl-Plattform Brent-Spar in den neunziger Jahren durch Greenpeace, welche äußerst geschickt medial begleitet wurde. Diese Kampagne hat Greenpeace in Europa eine gewaltige politische Glaubwürdigkeit eingebracht, obwohl die realen Umweltschäden, welche durch diese Aktion verhindert wurden, vergleichsweise gering gewesen wären, wie auch Greenpeace später freimütig zugegeben hat. Entscheidend war aber der Werbeeffect, der hier, wie so häufig bei NGOs in einer polarisierenden Zuspitzung bestand.

Ähnliche Werbeeffecte können Gewerkschaften in der polarisierenden Auseinandersetzung mit Unternehmen erreichen. Ein Beispiel ist die Kampagne von Verdi gegen die Einzelhandelskette Lidl.

Interessant ist, dass gerade NGOs in den letzten Jahren zunehmend an den Verhandlungstisch mit ihren Widersachern, meist multinationalen Konzernen, gehen. So hat die Organisation

Multiwatch sich in 2005 mit dem Nestle´-Konzern an den Verhandlungstisch begeben, um bessere Arbeitsbedingungen für dessen Fabrikarbeiter in Kolumbien zu erwirken. Allerdings mit sehr bescheidenem Erfolg. Dennoch ist der so genannte „Stakeholder Dialog“ für NGOs ein übliches Mittel geworden, auf dem Verhandlungswege ihren Zielen näher zu kommen. Die polarisierende Werbung bleibt dabei aber trotzdem ein probates Druckmittel gegen die Verhandlungspartner.

Wie aktuelle koordinierte Aktionen verschiedener NGOs zur Finanzmarktregulierung zeigen, ist sie aber auch ein Instrument, öffentliches Bewusstsein für politische Veränderungen zu schaffen. Beispiele, die in diesem Reader aufgearbeitet werden sollen, sind die „Steuer gegen Armut“, die Aktion „Banken in die Schranken“ und die „Occupy-Wallstreet-Bewegung“.

Für Volksparteien funktioniert diese Art der Werbung allerdings nicht, was gleichzeitig die Empfehlung beinhaltet, eine gesunde Distanz von sehr aktiven NGOs mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit herzustellen. Einer NGO kommt nämlich in der Zivilgesellschaft die Rolle eines Stakeholders zu, während eine politische Volkspartei eher in der Funktion eines Mediators gesehen wird.

Dies heißt allerdings nicht, dass Volksparteien nicht offensiv werben dürfen. Sie müssen die NGOs eben nur als Stakeholder betrachten, deren Partialinteressen intensiv in den politischen Dialog aufgenommen, sowie glaubwürdig und transparent in der Willensbildung der Partei prozessiert werden. Die politische Werbung besteht dann darin, dass die Bedeutung bestimmter NGOs für einen jeweiligen gesellschaftlichen Trend erkannt sowie gewürdigt und politisch gefiltert in die gesellschaftliche Öffentlichkeit zurück reflektiert wird. Die Kunst besteht darin, dies so überzeugend zu tun, dass sich die NGOs in dieser Reflektion noch wieder finden und die Gesellschaft am Ende dieses Prozesses ein höheres Maß an Zustimmung für umschriebene politische Entwicklungen zeigt.

Eine Volkspartei sollte sich also nicht in einer Reihe mit der großen Gruppe von NGOs wieder finden, die beispielsweise drastische Finanzmarktregulierungen fordern. Sie sollte aber den dahinter stehenden gesellschaftlichen Trend zu einem sozialen Kapitalismus voll aufgreifen und übergreifend sowie prägnant ausformulieren.

Wie bereits in dem Abschnitt über die Netzpolitik der SPD angedeutet, verfängt dabei eher ein Stil, der die engagierten Bürger mit positiven Formulierungen in ihrem bereits ausgeprägten Lebensgefühl abholt und möglichst nicht pädagogisch oder aufgesetzt wirkt. Die Botschaft: „Sozial ist schön und individualistisch“, wurde bereits von mehreren NGOs erfolgreich an den Bürger gebracht. Ein Beispiel ist die Plakataktion des DRK in der junge Individualisten in frech gestylten medizinischen Helfer-Outfits gezeigt wurden. Genauso gut aber könnte man die derzeit bestehende hohe Bereitschaft zur sozialen Verantwortung von Entrepreneurs und Social-Entrepreneurs aufgreifen. Die „Corporate Social Responsibility“ reicht dabei weit in klassische Unternehmerkreise hinein, wie auch auf der Website des „CSR-Network Germany“ zu erkennen ist. *Dort firmieren BDA, BDI, DIHK und ZDH gleichzeitig!* Ein gesellschaftlicher Trend zu höherer sozialer Verantwortlichkeit ist als Gegenbewegung zum neoliberalen Zeitgeist bereits sehr deutlich zu erkennen, stellt also bereits mehr da, als einen verborgenen Gegentrend. Hier ist es die Aufgabe politischer Werbung diesen Trend kritisch aufzugreifen und wirksam in die Gesellschaft zurück zu reflektieren.

Eine Aufgabe, der sich insbesondere die Sozialdemokratie jetzt stellen muss!

Das veränderte Machtgleichgewicht zwischen Politik und Zivilgesellschaft

Das Glaubwürdigkeitsproblem der Politik, die für sich werben möchte, ist die eine Frage. Die andere Frage ist der schrittweise Wechsel der politischen Machtverhältnisse von Government zu Governance, der nicht unbedingt einer A zu B-Logik folgen muss. Die Akzeptanz komplexer gesellschaftlicher Meinungsbildung in welcher NGOs inzwischen hohe Definitionsmacht über bestimmte Probleme bekommen haben, kann eine gute politisch-institutionelle Aufarbeitung, die vor allem den politischen Parteien zukommt, nicht ersetzen. Das gesellschaftliche Agenda-Setting übernehmen aber immer häufiger zivilgesellschaftliche Organisationen außerhalb der politischen Parteien. Für die Parteien bedeutet dies, dass es immer wichtiger wird, was sich in ihrem Umkreis gesellschaftlich abspielt. Policy wird vor allem in der Zivilgesellschaft definiert und keinesfalls nur noch über Lobbyarbeit an die Politik herangetragen. Die bereits erwähnte „Peitsche der Zivilgesellschaft“ funktioniert vor allem über die mediale Öffentlichkeit.

Unternehmensverbände und große Einzelunternehmen sind längst dazu übergegangen, sich mit NGOs abzustimmen, um gewünschte gesellschaftliche Weichenstellungen an die Politik heranzutragen. Roadmaps für erwünschte zukünftige, gesellschaftliche Entwicklungen, werden über Forschungsprojekte auch von der Industrie und den Banken initiiert und auch finanziert. Stakeholderdialoge finden, wie bereits erwähnt, auch in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Umweltorganisationen sowie Globalisierungskritikern statt. Nebenbei erwerben Unternehmen wie die Deutsche Bank oder die großen deutschen Automobilhersteller Schritt für Schritt ein neues, zukunftssträchtiges Image vollkommen unabhängig von den politischen Parteien. Die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft der Deutschen Bank, die gesellschaftliche Zukunftsprojekte auf internationalem Niveau initiiert und finanziert ist ein Beispiel für direkte Brückenschläge von den Konzernen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Stakeholdern. Nebenbei bemerkt werden auch NGOs von der Wirtschaft gesponsert. Die Frage der Korruptierbarkeit stellt sich dann nicht nur den klassischen Lobbyismus von Unternehmen und Unternehmensverbänden zur Politik, sondern auch gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in ihrer Struktur ohnehin häufig Transparenzdefizite aufweisen. Korruptierbarkeit entsteht allerdings nicht nur durch finanzielle Zuwendung, sondern vor allem durch Aufwertung einzelner Stakeholder im NGO-Bereich oder einfach nur durch Verbindlichkeiten derer, die gemeinsam an einem Verhandlungstisch sitzen. Die schweizerische Organisation Multiwatch bekam 2005 Glaubwürdigkeitsprobleme in Insiderkreisen, weil sie sich gegenüber Nestlé´ mit zu geringen Verhandlungserfolgen zufrieden gab und diese in der Öffentlichkeit deutlich positiver darstellte, als sie in Wirklichkeit waren. Es ging um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Fabrikarbeiter des Konzerns in Kolumbien. Auch hier lässt sich eine gewisse Anfälligkeit der wenig transparenten Prozesse in NGOs für milde Formen von Korruption vermuten.

Wie auch immer ist zu erwarten, dass Konzerne, Unternehmensverbände und auch die Stakeholder an den Finanzmärkten zukünftig deutlich direkter auf die Zivilgesellschaft zugehen werden, um ihre öffentliche Meinungsmacht auszubauen. Der Glaubwürdigkeits-Bonus vieler NGOs spielt hier die entscheidende Rolle. Die in der Szene gebräuchlichen Begriffe des „greenwashing“ oder des „cleanens“ durch Kooperationen mit Umweltorganisationen sind nicht neu. Die Corporate Social Responsibility (CSR) könnte sich zu einer analogen Umfeldstrategie für die Wirtschaft entwickeln, bei welcher ebenfalls die Frage nach der Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit gestellt werden muss. Dennoch scheinen diese Strategien zu einem verbesserten politischen Marktzugang für die Unternehmen zu

führen und deshalb zumindest teilweise die Lobbyarbeit in den politischen Zentren zu ergänzen.

Die Frage, ob und in welchem Umfang analoge Strategien auch für politische Parteien möglich sind, wurde bereits im vorherigen Kapitel andiskutiert. Der aufrichtige und glaubwürdige Umgang mit den entsprechenden NGOs dürfte hier einen entscheidenden Einfluss auf den Erfolg solcher Strategien haben.

Passend zu diesen Überlegungen sollte man sich die Erfolge der Kirchen in der Zivilgesellschaft anschauen. Von stetig schrumpfenden Institutionen der achtziger und neunziger Jahre haben sich gerade kirchliche Organisationen im letzten Jahrzehnt zu äußerst wirkungsvollen und aktiven politischen Akteuren entwickelt. Bemerkenswert ist dabei, dass sie vor allem die Stoßrichtung über die Zivilgesellschaft gewählt haben, während die Zusammenarbeit mit den politischen Institutionen eher stagnierte. Man könnte auch sagen, dass Kirchen zunehmend „moralische“ Öffentlichkeit herstellen, ein typisches Anliegen auch vieler nicht kirchlicher NGOs.

Als Reaktion auf ihren Mitgliederschwund haben beide großen Volkskirchen eine Doppelstrategie gewählt. Die Einnahmenverluste wurden durch erfolgreiche, kirchliche Unternehmen teilweise ausgeglichen, im Falle der katholischen Kirche sogar überkompensiert. Dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust wirkten beide Kirchen mit einem vermehrten gesellschaftlichen Engagement entgegen. Dies gelang manchen Kirchen besser als anderen. Dennoch sind die Strategien für die meisten Landeskirchen aufgegangen. Die zivilgesellschaftliche Präsenz ist bemerkenswert. Die Qualität der Kirchen als Arbeitgeber ist aber eher schlecht und nagt an deren Glaubwürdigkeit. Dennoch haben die Kirchen eine hohe zivilgesellschaftliche Akzeptanz und sind beispielsweise bei der Aktion „Steuer gegen Armut“, welche sich auf die Einführung der Finanzmarkttransaktionssteuer bezieht, fast schon überpräsentiert. Etwa 45% der Träger dieser Kampagne sind kirchliche Organisationen, wobei in dieser Kampagne die katholische Kirche dreimal so häufig mit ihren Organisationen präsent ist, wie die Evangelische.

Die Kampagne „Transaktionssteuer: Steuer gegen Armut“ wird auch offiziell von der SPD, den Jusos, dem DGB und einigen großen Gewerkschaften mitgetragen. Mit von der Partie sind ebenfalls einige Politiker der Grünen, nicht aber deren Bundesvorstand, die Linke, aber nicht die Piraten. FDP und CDU/CSU sind ebenfalls nicht vertreten. Es kann von einem breiten, aber keinesfalls von einem gesamtgesellschaftlichen Bündnis für die Finanzmarkttransaktionssteuer gesprochen werden. Politisch gesehen handelt es sich hier eher um ein linkes Spektrum, wobei die katholische Kirche sicherlich eine Sonderposition einnimmt. Eine derart konservativ geprägte und geleitete Institution, wie die katholische Kirche, steht mit ihrer Teilnahme an einer Kampagne, die eher vom linken gesellschaftlichen Flügel dominiert wird, aber keinesfalls auf verlorenem Posten.

Das von Interessen bestimmte Paktieren über gewohnte politische Grenzen hinweg wird zunehmend typisch für die Zivilgesellschaft. *Zukünftig ist eine Umwandlung politischer Grenzen in flexible Stellwände der Projektgesellschaft zu erwarten.* Wie sich die Sozialdemokraten hier positionieren können, bleibt spannend. Es ist aber durchaus zu erwarten, dass gerade die SPD in der Lage sein wird, in diesem Spiel um politische Identitäten äußerst flexibel zu agieren. Diese bereits vielfach bewiesene Fähigkeit der Sozialdemokraten zur Flexibilität könnte ein zentraler Erfolgsfaktor für die Partei im Kampf um die Zivilgesellschaft sein. Ein wesentlicher Vorteil für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts gegenüber den anderen etablierten politischen Parteien.

Im Vergleich zu CDU/CSU und FDP stehen der SPD breite Zugänge in die Zivilgesellschaft zur Verfügung. *Die Brücken sind da. Sie müssen nur besritten werden!*

Förderung von Social-Entrepreneurship

Unter Social Entrepreneurship oder soziales Unternehmertum bzw. Sozialunternehmertum versteht man eine unternehmerische Tätigkeit, die sich innovativ, pragmatisch und langfristig für einen wesentlichen, positiven Wandel einer Gesellschaft einsetzen will. Ein Unternehmer, der eine solche Tätigkeit leitet, wird Social Entrepreneur genannt. (Aus: Wikipedia-Social Entrepreneurship)

Social-Entrepreneurs sind zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sie unternehmerisch agieren, jedoch nicht primär auf Profit zielen, sondern auf soziale Rendite. Der Begriff des „social return on investment“ gehört ebenfalls in diesen Definitionskreis. Gemeinnützige GmbHs, Vereine, aber auch einige Genossenschaften gehören in den Bereich der Social-Entrepreneurs. Unternehmen die soziale Verantwortung übernehmen, sollte man aber nicht automatisch zu dieser Gruppe zählen. Neben den Social-Entrepreneurs gibt es noch die breitere Bewegung einer neuen sozialen Marktwirtschaft. Auch hier gibt es natürlich das Problem des „cleanwashing“. Häufig ist offensichtlich, dass es sich bei der Corporate Social Responsibility auch um Imagekampagnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden handelt.

Social Entrepreneurs definieren ihre politischen Ziele häufig sehr eigenwillig und individuell. Der soziale Impetus dieser gesellschaftlichen Szene meint noch lange nicht, dass man sich in der Nähe der Sozialdemokratie verortet. Häufig wird parteipolitische Nähe strikt abgelehnt, man hat sein eigenes Programm, das trotz programmatischer Überschneidungen zur Sozialdemokratie auch wirtschaftsliberale Züge tragen kann. Dementsprechend wird die eigene politische Wirksamkeit auch nicht parteipolitisch oder institutionell demokratisch definiert. *Diese Unternehmer sind politisch durchaus selbstbezogen und agieren, typisch für individualistische Kulturen, in Netzwerken.* Dies gilt auch für viele Genossenschaften, die bewusst Abstand zu den etablierten öffentlichen und staatlichen Institutionen halten. Die eigene Wirksamkeit wird dagegen analog zum dem Begriff des „social-return-on-investment“ über sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (öffentlichen) Erfolg definiert. „Die Politik“ ist dort nicht zuhause, obwohl permanent politisch gedacht und gehandelt wird.

Die Situation von Social-Entrepreneurs ist durchaus brisant, denn obwohl oder gerade weil sie „das Gute“ tun wollen, sitzen sie politisch wirtschaftlich und sozial zwischen allen Stühlen. Welche Gesellschaft würde sich nicht wünschen, dass eine Gruppe von Unternehmern schwer vermittelbare Arbeitnehmer mit psychosozialen Hanikaps in Brot und Arbeit bringen wollen? Die Hürden, die solche Unternehmer aber zu bewältigen haben, sind hoch.

Ashoka Deutschland, ein Netzwerk zur Förderung von Social-Entrepreneurship mit Sitz in Berlin, sieht die Hürden für soziale Unternehmer mit vier Haupthindernissen:

1. Fehlende und hinderliche Finanzierungsformen

Private und staatliche Startfinanzierung im Sozialsektor ist nicht unternehmerisch verwendbar:

Typische soziale Modellprojektförderung endet nach 3 Jahren, schreibt Projekt- und Budgetpläne vor, muss vorfinanziert werden und wird **nicht mit Beratung zur Organisationsentwicklung flankiert.**

Gezielte Anschlussfinanzierung für erfolgreiche innovative Projekte gibt es kaum:
Drei Jahre nach dem Start folgt das „Tal des Todes“. Für Modellförderer ist man bereits „verbrannt“, für Langfristfinanzierer noch zu instabil. Überbrückungsfinanzierung will praktisch niemand leisten.

Bei regulärer staatlicher Mittelvergabe spielt die Qualität eines Angebots eine untergeordnete Rolle:

Viele Innovationen, z.B. in Bildung und Gesundheit, müssen langfristig die Kommunen finanzieren. Neue und hervorragend evaluierte Konzepte werden dabei aber nicht bevorzugt. Nur niedrige Kosten zählen.

2. Fehlende und hinderliche Kooperationsformen für Wachstum und Verbreitung

Im Sozialsektor gibt zu wenig Kooperationsbereitschaft und „Unterstützerketten“ für Innovationen:

Wohlfahrtsverbände und Sozialunternehmern misstrauen sich noch oft. Stiftungen, Staat und Sozialinvestoren kooperieren selten, um Projekte über mehrere Wachstumsphasen hinweg zu begleiten.

Es gibt keine Marktplätze, die gute Ideen, Finanzierer und potentielle Nachahmer zusammenbringen:

Soziale Innovationen sind – wie gute Geschäftsmodelle in der Wirtschaft – für Imitatoren und Investoren interessant. **Es gibt aber keine themenspezialisierten Vermittler und Plattformen für den Ideentransfer.**

3. Fehlendes Fachpersonal, Management- und Organisationswissen

Das Sozialunternehmertum ist noch zu wenig attraktiv für Fachpersonal aus der Wirtschaft; Menschen suchen nach mehr Sinn in ihrer Arbeit. Dennoch fürchten sie bei einem Wechsel den Karriereknick. Der Sozialbereich ist zu schlecht bezahlt, beruflich zu unsicher und nicht prestigeträchtig genug.

Viele Sozialunternehmer benötigen stärkere Managementkompetenzen:

Es fehlt oft an Wissen zu Geschäfts- und Finanzierungsmodellen, zu Organisationsentwicklung und Teammanagement. Gleichzeitig stehen ihnen viele Programme, wie z.B. das öffentliche Gründercoaching, nicht offen. Stattdessen übernimmt derzeit eine Handvoll Sozialinvestoren diese Beratung.

4. Fehlendes Lobbying

Sozialunternehmer haben bislang keine politische Lobby. Anders als große Sozialverbände haben sie keinen traditionellen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern, um ihre Perspektive einzubringen.

In Zusammenarbeit mit einem Beraterteam von McKinsey & Co im Jahr 2011 wurden Expertenbefragungen aus Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen, sozialen Investoren, Unternehmen, Politik und Wissenschaft durchgeführt. Als Ergebnis wurden 6 Ansätze zur Verbreitung sozialer Innovationen herausgearbeitet.

Transferagenturen für soziale Innovationen

Universitäten haben Technologietransferzentren. So etwas brauchen wir im Sozialsektor. Soziale Transferagenturen könnten erprobte soziale Innovationen, Umsetzer und geeignete Finanzierungsquellen zusammenbringen. So können Innovationen durch Replikation wachsen.

Soziale Innovationszentren

Viele Kommunen haben lokale Gründerzentren für die Wirtschaft. Auch das brauchen wir im Sozialsektor. Sie könnten Büroinfrastruktur, Dienstleistungen und Coaching für Sozialgründer bieten, Innovationen vor Ort einführen und den Kontakt zur Kommune erleichtern.

Innovative Finanzinstrumente

Kluge unternehmerische Finanzierungsinstrumente existieren bereits. Jetzt braucht es mutige Stiftungen und Investoren, die sie ausprobieren. Die Begegnungsplattformen und wirkungsorientierte Berichtsstandards unterstützen, um Vertrauen zu schaffen. Und staatliche Banken, die Teile des Risikos absichern. Nur so kann ein effizienter sozialer Kapitalmarkt entstehen.

Wirkungsorientierte öffentliche Mittelvergabe

Länder und Kommunen sollten Leistungen nicht durch Preiswettbewerb vergeben, sondern Wirkungsziele vorschreiben und erfolgsabhängig bezahlen. Wirkungsindikatoren dafür gibt es bereits, auch rechtlich und buchhalterisch ist das umsetzbar. Stiftungen und Kommunen sollten hier mit Projekten Neuland betreten und innovativen Konzepten eine echte Chance geben.

Kooperation von Wohlfahrtsverbänden und Sozialunternehmern

Gemeinsam könnten Verbände und Sozialgründer Innovationen deutlich schneller dorthin bringen, wo sie gebraucht werden. Dafür sollten Staat und Stiftungen funktionierende lokale Kooperationen bekannter machen und Gastgeber sein für einen übergreifenden Meinungsaustausch beider Seiten – bis hin zu gemeinsamen Konferenzen zum Innovationsbegriff.

Talentinitiative für den Sozialsektor

Wirtschaftsunternehmen sollten Arbeitsaufenthalte und „Secondments“ im innovativen Sozialsektor in ihre Personalentwicklung und ihre Corporate-Volunteering-Programme integrieren. Das brächte Expertise in den Sozialsektor und unternehmerischen Geist in Unternehmen. (Aus: Sechs Ansätze zur Verbreitung sozialer Innovation in Deutschland, www.ashoka.org)

Im Hamburger Programm der SPD heißt es:

„Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem, wo kreative Menschen ihre Ideen umsetzen und auf den Markt bringen. Wir verbessern die Bedingungen für Unternehmensgründungen sowie für kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbstständige. Ein starker Mittelstand stärkt die Wertschöpfung. Gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften

sind ein wichtiger Teil der sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Sozialdemokratische Politik fördert durch einen fairen Wettbewerb verantwortliches Unternehmertum. Wir wollen eine Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Für gering verdienende Freiberufler und Gewerbetreibende wollen wir eine bessere soziale Sicherung schaffen.“ (Aus: Hamburger Programm der SPD S.45)

Ein expliziter Bezug zu Social Entrepreneurs oder zum sozialen Unternehmertum (social business) im Allgemeinen findet sich nicht. Lediglich die Genossenschaften und gemeinnützige Unternehmen werden ausdrücklich erwähnt. Insgesamt wirken die Aussagen nicht konkret. Junge Unternehmer aus diesem Bereich dürften sich hier nicht angesprochen fühlen.

Umgekehrt finden sich auch in Veröffentlichungen der Social Entrepreneurs keine Verweise und keine Bezugnahmen auf die Sozialdemokratie. Obwohl die großen Sozialverbände traditionell eher eine Nähe zur Sozialdemokratie aufweisen, sind diese neue Richtung des sozialen Unternehmertums und die Sozialdemokratie wie zwei Welten, die sich nicht zu berühren scheinen. Wenn dies tatsächlich der Fall ist, sollte man über die Gründe für eine scheinbar unlogische Distanz nachdenken.

Ein wesentlicher Faktor könnte hier darin bestehen, dass die Szene der Social Entrepreneurs stark ökologisch orientiert ist. Viele Neugründungen in diesem Sektor könnte man eher der „Green Economy“ zurechnen, da die Unternehmensideen eher ökologisch, als sozial sind. Der Kurzschluss, dass ein ökologisches Unternehmertum automatisch auch sozial ist, wird in dieser Szene besonders intensiv gepflegt. Ashoka Deutschland und andere Netzwerkiniciativen wie der „Nachhaltigkeitsrat, Tradewinds, Start Social und die Schwab-Foundation“ verleihen Preise und Förderungen insgesamt häufiger an ökologische als an soziale Startups. Die Trennung ist unscharf, weil beiden Bereichen gesellschaftlich ein hoher Wert zugemessen wird. Es gilt in unserer Gesellschaft aber eher als schick, kompostierbare Designermode zu produzieren, als Obdachlosen ein Auskommen als Straßenhändler oder Fremdenführer zu verschaffen. Genau das sind die Pole zwischen denen sich sehr unterschiedliche Social Entrepreneurs bewegen.

So existieren in dieser Szene Technologie-Start Ups wie „VerbaVoice“ die sich um eine bessere gesellschaftliche Teilhabe von Gehörlosen kümmern, neben dem Institut „Apeiros“ das Jugendämter und Schulen bei Schulverweigerung berät und unterstützt und nachhaltig orientierte Modeproduzenten und Designern, die durchaus auch schon zum etablierten Mittelstand gehören können, wie das deutsche Unternehmen „Trigema“ das jetzt kompostierbare Hemden anbietet. Die Vielfältigkeit der Unternehmen ist Vorteil und Manko zugleich. Sie senden Impulse in nahezu alle wirtschaftlichen Branchen, gründen sich dabei aber keinesfalls immer auf *soziale Innovationen*. Eine Einschätzung der Szene ist schwierig. Dennoch entsteht beim näheren Hinsehen der Eindruck, dass soziale Unternehmer im engeren Sinne, die tatsächlich mit innovativer, sozialer Integrationsarbeit ihr Geld verdienen, in der Minderheit sind. Ein Widerspruch, weil gerade diese Unternehmen die eigentliche Rechtfertigung für den Begriff „Social Entrepreneurs“ liefern sollen.

Dennoch ist das Feld der Social Entrepreneurs und des Social Business äußerst zukunftsfruchtig und wird politisch bereits von den anderen Parteien bearbeitet. Die Regierungskoalition hat für 2012 ein neues Förderprogramm der KfW gestartet, welches nominell nicht wirklich erwähnenswert ist, aber eine starke Signalwirkung hat und von Konferenzen, Round-Tables und Stakeholder-Dialogen begleitet wird. Deutschlands Ashoka-

Chef, Felix Oldenburg und der erfahrene Social Entrepreneur, Norbert Kunz stehen als „Shaping Actors“ in gutem Kontakt mit der ersten Reihe der Bundesregierung. Die Bundesministerin, Kristina Schröder, stellte kürzlich in Zusammenarbeit mit ihnen das so genannte „erste öffentliche Förderprogramm für Sozialunternehmer“ vor. Norbert Kunz plant ein Social-Impact-Lab, eine Art soziales Gründerzentrum für Berlin, welches nach und nach auch in anderen deutschen Großstädten entstehen soll. (Vgl. Enorm-Magazin, Nr. 4, November 2011 bis Januar 2012, S. 38)

Der Genossenschaftsgedanke, sofern er sich auf soziales Unternehmertum bezieht, nimmt in diesem Bereich noch eine Sonderstellung ein. Genossenschaften folgen strukturell sozialen Unternehmensprinzipien, die in machen Unternehmen des Social Business nicht selbstverständlich sein müssen. Wir erinnern uns an das Beispiel der „Berliner Treberhilfe“, deren Chef Harald Ehlert jahrelang mit einem Maserati unterwegs war und dafür im Februar 2010 von der Öffentlichkeit stark kritisiert wurde. Es handelt sich hier nur um ein Beispiel, das zeigt, wie sehr im Social Business auch die Unternehmensform und die damit verbundene demokratische Kontrolle eine Rolle für die soziale Glaubwürdigkeit spielen kann. Ein Mangel nicht nur in vielen NGOs, sondern auch im Social Business und erst recht bei den Social Entrepreneurs im Allgemeinen.

Auch das erwähnte Förderprogramm der Bundesregierung für Social Entrepreneurs weist hier deutliche Schwachpunkte auf. Bedingung für einen Kredit der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ist nämlich das gleichzeitige Engagement eines starken Wirtschaftsunternehmens bei dem zu fördernden Startups. Abgesehen von der Tatsache, dass gerade soziale Jungunternehmer im engeren Sinne Schwierigkeiten haben dürften, an solche potenten Förderer aus der Wirtschaft zu kommen, gerieten sie auch in eine ökonomische Abhängigkeit zu etablierten Unternehmen. Derzeit engagiert sich beispielsweise SAP in diesem Bereich und bekennt dabei recht freimütig, dass diese Startups später auch eine Unternehmenssoftware benötigen, die dann folgerichtig bei SAP gekauft würde. Das Unternehmen ist für seine teuren Softwarelösungen bekannt, durch die mittelständische Unternehmen schnell in eine alternativlose Abhängigkeit zu SAP geraten können. Es ist schwer vorzustellen, dass SAP sich an Förderprojekten beteiligen wird, bei denen nicht der eigentliche Return on Investment, sondern der Social Return on Investment im Vordergrund steht. Diese Firmen könnten sich nämlich die teure SAP-Software in der Regel gar nicht leisten. (Vgl. Enorm-Magazin, Nr. 4 ebd.)

Zusammenfassend steht also durchaus zu befürchten, dass die Social Entrepreneur-Bewegung lediglich als schlecht bezahlter Ideenlieferant und Impulsgeber für die etablierte Wirtschaft dienen wird und soziale Unternehmen mit eigenen wirtschaftlichen Anfangserfolgen schnell von der etablierten Wirtschaft aufgesogen werden. Die ursprüngliche soziale Ausrichtung der Unternehmensgründer könnte dann schnell als Feigenblatt für ein etabliertes und am Profit orientiertes „Partnerunternehmen“ missbraucht werden. Diese Befürchtung ist nicht aus der Luft gegriffen, weil bereits vielfältige Erfahrungen mit technologischen Gründungsprojekten, beispielsweise an der TU-Berlin vorliegen. Die meisten Start-Ups scheitern in den ersten drei Jahren und die wenigen Unternehmen, die das so genannte „Tal des Todes“, die Finanzierungslücke die sich zwischen Anschubfinanzierung und konventioneller Weiterfinanzierung auftut, überstanden haben, werden meist von etablierten Unternehmen aufgesogen.

Da die Social-Entrepreneur-Szene vor allem an der „Green Economy“ orientiert und nur in einer Minderheit im Social-Business aktiv ist, drängt sich die Vermutung auf, dass die erfolgreichen Startups teilweise als Ideenlieferanten, vor allem aber als „Imageträger“ von

etablierten Unternehmen aufgesogen werden, die auf diesem Wege „greenwashing“ betreiben wollen.

Dennoch wird Social Business und die Szene der Social Entrepreneurs aus nahe liegenden Gründen ein gesellschaftlicher Trend werden. Die zunehmende Orientierung der postmodernen Gesellschaften an Dienstleistungen, die erforderlichen Innovationen in diesem Bereich und die demografische Entwicklung werden zusammen mit dem immer enger werdenden Arbeitsmarkt im Produktivsektor eine solche Entwicklung geradezu erzwingen. Es hängt dann ganz von der Politik ab, effektive Förderungen für das Social Business zu entwickeln, die auch tatsächlich tragfähige soziale Ideen dieser Unternehmen honorieren. Hier könnte die Sozialdemokratie ihre Aufgabe darin erkennen, die echten Sozialunternehmer von der Spreu ökosozial gelabelter Startups zu trennen und die Förderungen vor allem auf die erste Gruppe zu konzentrieren. Dies soll keine Absage an die „Green Economy“ sein. Es ist allerdings zu erwarten, dass voll recyclebare Handys ohne Giftstoffe ebenso automatisiert produziert werden, wie konventionelle Handys und dass die Produktionsstandorte mittelfristig auch in Schwellenländer wandern. Insbesondere dann, wenn große etablierte Unternehmen diese Ideen übernehmen. Auch wenn der Welt mit einer solchen Innovation ein Dienst erwiesen wird, ist sozial gesehen, für unseren Arbeitsmarkt damit wenig gewonnen.

Daher sollte die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts eine kritische Distanz zu ökologischen Luxusinnovationen halten, wenn diese dank hoher Subventionen voraussichtlich nur in der Lage sein werden, die Bedürfnisse des ökologisch aufgeklärten, gehobenen Mittelstandes zu befriedigen. Für Marktnischen der Green Economy sollten keine hohen Subventionen aufgewendet werden, die dann im eigentlichen Sozialsektor fehlen.

Auf die echten Social Entrepreneurs, die tatsächlich soziale Integrationsarbeit für die Gesellschaft und für den Arbeitsmarkt leisten, indem sie beispielsweise Menschen mit psychosozialen Handikaps integrieren, sollte die SPD in Zukunft aktiv zugehen. Vor allem aber sollten die Sozialdemokraten glaubwürdige Förderkonzepte für diese oft jungen Unternehmen entwickeln und in ihr Programm aufnehmen. Dies geht natürlich nur, wenn der Kontakt und der Dialog mit dieser Szene gesucht und gefunden wird.

Bei dem aktuellen Stand der Entwicklung dieses Sektors, ist die Aussage, dass man fördern will, für alle Parteien klar. Die entscheidende Frage ist aber, was genau man wie fördern will. Hier müssen die Sozialdemokraten, in Abgrenzung zu den anderen politischen Parteien, noch deutlich an Profil gewinnen.

Die Anti-HartzIV- Initiativen und das bedingungslose Grundeinkommen

Kaum eine Reform des Sozialstaates war in der Bundesrepublik Deutschland so umstritten, wie die Agenda 2010, deren Kern die institutionelle Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe war. Die Hartz-Gesetze mobilisierten Widerstand in der Bevölkerung und waren möglicherweise Mitverursacher einer erstarkenden „Linken“, die erheblichen Profit aus diesem Projekt der Rot-Grünen-Koalition ziehen konnten. Die abgewandelten „Montagsdemonstrationen“ fanden bei Einführung von HartzIV in vielen deutschen Städten statt und die wenig ausgereifte Durchführung der Gesetze von Seiten der neu geschaffenen Arbeitsagenturen und Jobcenter führten zu Klagewellen, bei den Sozialgerichten, die auch aktuell noch nicht abgeebbt sind. Die juristische Kompetenz für die Betroffenen wird dabei auch von Initiativen, wie „Gegen-Hartz-IV“ zur Verfügung gestellt.

Eine bedeutende Organisation, die als typisch für viele Initiativen gegen Hartz IV bezeichnet werden kann, ist das „Erwerbslosen Forum“. Es wurde von dem Musiker Martin Behrens gegründet, der auch jetzt Sprecher der Organisation ist. Politisch ist er eng mit den „Linken“ verbunden und war auch schon für eine Landtagskandidatur in Rheinland-Pfalz für „die Linke“ im Gespräch. Bezeichnend ist, dass das Erwerbslosen Forum neben der politischen Arbeit gegen die Hartz-Gesetze, wie andere Initiativen auch, die juristische Beratung bzgl. der HartzIV-Gesetze in den Vordergrund stellt.

Aus den Montagsdemonstrationen der Jahre 2004 und 2005 ist längst ein Marsch durch die juristischen Institutionen geworden. Neben den Klagewellen an den Sozialgerichten, wird bekanntermaßen auch das Bundesverfassungsgericht regelmäßig involviert. Die politisch treibende Kraft neben den zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen HartzIV ist ganz klar die Linkspartei, die tatsächlich in erheblichem Umfange Zuläufe im zeitlichen Zusammenhang mit Schröders Agenda 2010 erhalten hat.

Es gibt vermutlich kein Reformprojekt, das der SPD so stark geschadet hat, wie die Agenda 2010. Gleichzeitig dürfte man es als Ironie der Geschichte bezeichnen, dass die wirtschaftlichen Vorteile für Deutschland infolge dieser Reformen nun voll und ganz von der derzeitigen Regierungskoalition für die eigene Popularität genutzt werden können. Ein SPD-Mitglied brachte es während einer Busfahrt einmal auf den fragwürdigen Punkt: *„Die Agenda 2010 musste sein, aber wir hätten es die CDU machen lassen sollen!“* Er bekam für diese Zwischenbemerkung einige Zustimmung von den anwesenden Genossen.

Die zivilgesellschaftliche Relevanz der Initiativen und Organisationen, welche sich gegen die HartzIV-Gesetze entwickelt und positioniert haben, ist aktuell aber abnehmend. Wenn im Jahre 2004 noch die Gewerkschaften wenigstens teilweise bei den Montagsdemonstrationen mit im Boot waren, sucht man sie nun in dieser Szene vergebens. Auch Attac, war als eine der wenigen globalisierungskritischen Organisationen bei den Montags-Demos mit dabei. Geblieben ist bei Attac vor allem das Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Ansonsten wendet sich die Organisation vor allem wieder kritisch den Finanzmärkten zu. Die breiten Initiativ-Netze gegen die Finanzmärkte haben derzeit eine viel größere Öffentlichkeitswirkung, als die Montagsdemonstrationen gegen HartzIV jemals hatten. Der Grad der Vernetzung ist zumindest zivilgesellschaftlich hier viel breiter angelegt, wenn man allein an die Initiativen „Steuer gegen die Armut“, „Banken in die Schranken“ und „Occupy Wallstreet“ denkt.

Obwohl die Globalisierungsproblematik mit der Entstehung der neuen deutschen Armut eng zusammen hängt, gibt es keine enge Kooperation zwischen den HartzIV-Gegnern und den Globalisierungskritikern. Es gibt auch keinen wirklichen politischen Profit für diese Szene durch die sich zuspitzenden Globalisierungskrisen, wie die Euro-Krise. Das gleiche gilt für die Partei „die Linke“. Dieser Befund ist erstaunlich, wenn man bedenkt, wie viel sozialer Sprengstoff in diesen Fragen steckt. Vielleicht liegt es daran, dass Deutschland derzeit als führende Wirtschaftsnation in Europa wahrgenommen wird und ein medial geschickt aufbereitetes „Job-Wunder“ vorweisen kann, während in anderen Ländern die Arbeitslosenzahlen eskalieren.

Möglicherweise kommt auch aus diesem Grunde die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen nicht so voran, wie von vielen Initiatoren gewünscht. Am Ende ist nicht zu erwarten, dass sich diese Idee in absehbarer Zeit durchsetzen wird, auch wenn sie von den Grünen, den Linken und Teilen der SPD durchaus diskutiert wird. Die Piraten haben sich ebenfalls für ein bedingungsloses Grundeinkommen eingesetzt, auch wenn die Mehrheiten hierfür in der Partei nicht komfortabel sind. Die Piraten sind letztlich mehr an Bürgerrechtsthemen interessiert und werden ihre sozialliberale Identität in Teilen weiter entwickeln.

Trotz aller Einschränkungen der aktuellen zivilgesellschaftlichen Relevanz der HartzIV-Gegner und der Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens wird dieser soziale Sprengstoff am Ausgang der Euro-Krise zurückkommen. Die Politik der Bundesregierung tut praktisch nichts, um die „soziale Bombe“, die wir derzeit in ganz Europa haben, zu entschärfen. Durch Merkels Politik sollen die Märkte beruhigt werden, an die Bevölkerung wird dabei weniger gedacht. Der letzte „Armutsbericht“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für das Jahr 2011 zeigt auch für Deutschland, dass die soziale Spaltung in der Bevölkerung deutlich voranschreitet. Dies muss an dieser Stelle nicht weiter zitiert und vertieft werden. Es ist allgemein anerkannt. Auffällig in diesem Armutsbericht ist zusätzlich eine partielle Abkopplung der Armut vom Hartz IV. Als Beispiel wird Berlin genannt, wo die armutsgefährdenden Einkommen bei gleich bleibender Zahl von HartzIV-Empfängern zugenommen haben. Der Paritätische Wohlstandsverband übernimmt dabei den EU-Standard der relativen Armutsquote. Dabei werden 60% des Durchschnittseinkommens als armutsgefährdend angesehen, 50% stellen die Armutsgrenze dar und bei 40% spricht man von strenger Armut. Für einen Single-Haushalt bedeuten 60% des Durchschnittseinkommens ca. 825 Euro, für eine vierköpfige Familie wären es 1735 Euro.

Somit stellt die soziale Frage für die SPD weiterhin die entscheidende Herausforderung dar. Die jüngst beschlossene Akzentsetzung im anstehenden Bundeswahlkampf auf die Euro-Krise und die Regulierung der Finanzmärkte kann daran nichts ändern. Die politische Annäherung und der politische Umgang mit den HartzIV-Gegnern, dürfte schwierig bis unmöglich werden. Dennoch sollten die Sozialdemokraten es versuchen. Die Mindestlohndebatte wird auch in den betreffenden Initiativen geführt, wenn auch mit wesentlich höheren Sätzen, als bei den etablierten Parteien. Unter 10 Euro flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn gibt sich keine dieser Initiativen zufrieden.

Eine Partei, wie die SPD, die den Billiglohn-Sektor mit der Agenda 2010 wie keine andere Partei zuvor, aktiv mit entwickelt hat, dürfte hier Glaubwürdigkeitsprobleme bekommen, hohe Mindestlöhne zu fordern. Daneben ist natürlich zu fragen, ob das „Job-Wunder“ mit der Einführung existenzsichernder Mindestlöhne nicht ganz schnell am Ende wäre?

Auch wenn die SPD derzeit noch kein Programm entwickelt hat, welches die Glaubwürdigkeit gegenüber den existentiell armen Bevölkerungsschichten wieder herstellen könnte, sollten die Sozialdemokraten in diesem Bereich auf gar keinen Fall resignieren!

Ein Umdenken scheint allerdings erforderlich zu sein. Erfolgreiche Armutsbekämpfung, dies zeigen Programme in anderen Ländern, geht vor allem gegen resignatives Denken beim Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern vor. Die Bildungsquote ist hier besonders problematisch. Die Hartz-Gesetze haben vor allem durch „Fordern“ und weniger durch „Fördern“ gewirkt. Mit solchen Push-Faktoren Menschen aus ihren Lebenssituationen herauszudrücken und in Arbeit zu bringen, funktionierte dabei nur begrenzt und war mit erheblichen sozialen Gemeinheiten verbunden. Menschen ihr existentielles Minimum zu kürzen, wenn sie einen Job nicht annehmen, war und ist etwas, was das Ansehen der Sozialdemokratie erheblich beschädigt. Gerade in den armen Bevölkerungsschichten hat es der Partei den Ruf von „Sklaventreibern“ eingebracht.

Wesentlich wirksamer und sozial unschädlicher können Pull-Faktoren wirken. Faktoren, die Menschen aus ihrer Armutssituation nicht herausdrücken, sondern herausziehen, sind wesentlich sozialverträglicher. Dafür benötigt man allerdings Anreizsysteme, die wenn auch nicht teurer als die brachiale Hartz-IV-Institutionalisierung, gleichwohl finanziert werden müssen. In Mexiko konnte ein solches Anreizsystem die Bildungsnähe, die Gesundheit und die Ernährung armer Bevölkerungsschichten deutlich verbessern. In modifizierter Form, wären solche Programme auch für Deutschland denkbar. So könnte man beispielsweise berufliche Bildungsaktivitäten von Langzeitarbeitslosen nicht nur tragen, sondern auch mit finanziellen Anreizen versehen. Elterliches Engagement bei der Schulbildung der Kinder könnte in den armen Schichten ebenfalls finanziell honoriert werden. Programmatische Ansätze dieser Art werden in der deutschen Politik derzeit gar nicht diskutiert, obwohl sie hoch wirksam sein könnten. Lediglich von der FDP wurde ein staatlich subventioniertes Bildungskonto für Eltern vorgeschlagen, welches jetzt in der Koalition vermutlich nicht durchkommen wird.

Selektiv auf bildungsferne Schichten angewendet, hätten solche Programme aber durchaus große Erfolgchancen. Die Sozialdemokraten sollten das aufgreifen. Die bereits vorhandenen Programmpunkte, die auf eine aktive Beschäftigungspolitik hinauslaufen, könnten durch solche motivationspsychologisch wirksamen Elemente optimal ergänzt werden.

Trend zur (zivil-)gesellschaftlichen Entstrukturierung

Unsere Gesellschaft verändert sich rasant. Der Zukunftsforscher Hartmut Rosa hat in seinem Artikel, „Rasender Stillstand“, die Art unserer gesellschaftlichen Veränderungen kritisch unter die Lupe genommen.

„Während die Folgewirkungen neuer Entdeckungen – etwa in der Genforschung oder in der Kernenergie – sich auf immer größere Zeiträume erstrecken, also in der Zeit ausdehnen, wird die Zeit, die zur Verfügung steht, um Steuerungsentscheidungen zu treffen (vor allem aus Gründen des Wettbewerbs) immer kürzer. Für die Organisation und Durchsetzung kollektiver Interessen und Zwecke bleibt dabei keine Zeit mehr. Zugleich schwindet die Basis, von der aus sie sich realisieren ließen: Kollektive Interessen und ihre Trägergruppen unterliegen selbst dem beschleunigten sozialen Wandel und erweisen sich dabei als kaum noch organisier- und integrierbar.“⁹

Diese eher kritische Sicht der gesellschaftlichen Beschleunigung mit ihren Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse läuft darauf hinaus, dass immer folgenreichere Entscheidungen mit ungewissem „outcome“ in immer kürzerer Zeit getroffen werden müssen. Die relativ kurzfristige Umstellung und Anpassung unseres Arbeitsmarktes auf die Herausforderungen der Globalisierung, auch im Rahmen der Agenda 2010 hatte tatsächlich positive und negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, die wir in vergleichbarer Dimension während der kulturellen Umwälzungen in den sechziger und siebziger Jahren und nach der Wiedervereinigung erlebt haben.

Solche schnellwirksamen Veränderungen, die auch durch politische Entscheidungen beschleunigt werden, können nur durch eine fortlaufende politische Entscheidungsbereitschaft beherrscht werden. Nach der Reform ist vor der Reform. Dafür ist es wichtig, sich bestimmte grundsätzliche Entscheidungsprinzipien klar zu machen, die wissenschaftlich im Bereich der Risikotechnologien und des Risikomanagements in der Wirtschaft bereits untersucht wurden. Einen Überblick geben hier Wickens und Hollands in ihrem Standardwerk „Engineering Psychology and Human Performance“¹⁰

Entscheidungen werden immer auf der Basis von Informationen getroffen, wobei fehlende Informationen genauso zu berücksichtigen sind, wie die verfügbaren. Der Unsicherheitsfaktor steigt mit dem Grad an fehlenden Informationen. Deshalb müssen Entscheidungen beim Eintreffen neuer Informationen, insbesondere solcher Informationen, die gegenläufig zu der bisherigen Informationslage sind, immer wieder überprüft und angepasst, möglicherweise sogar grundsätzlich geändert werden. Es sind, nach Untersuchungen der Lufthansa, vor allem die Teams erfolgreich, die in der Lage sind, ihre Entscheidungen fortlaufend an neuen Informationen zu überprüfen und zu korrigieren.

Für die Politik bedeutet dies einen Paradigmenwechsel, weg von der „richtigen“ Entscheidung, hin zur „vorläufig richtigen“ Entscheidung. Die Halbwertszeit von politischen Programmen dürfte sich in Zukunft erheblich verkürzen.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich bereits ein grundsätzlicher Entscheidungsfehler der derzeitigen Bundesregierung anlässlich der Eurokrise ab. Die Verbilligung des Faktors Arbeit, welchen viele Deutsche in den letzten zehn Jahren auch durch Reallohnverluste ermöglicht haben, ist nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern nur ein vorübergehendes

Anpassungsgeschehen an eine sich verengende internationale Konkurrenzsituation. Keinesfalls ist es ein Patentrezept für Europa. Die strukturelle Entwicklung muss, wie am Beispiel des Maschinenbaus und der „Green Economy“ bereits zu erkennen, in den nächsten Jahren qualitative Quantensprünge hervorbringen, die eine erheblich verbesserte globale Konkurrenzsituation Europas bewirken müssen. Sonst führt die Verbilligung lediglich zur schrittweisen Anpassung des europäischen Wohlstandsniveaus an die Schwellenländer. Für die erwähnten Quantensprünge sind jedoch äußerst ambitionierte und groß angelegte Programme erforderlich, durch welche Zukunftsbranchen identifiziert und gezielt gefördert werden müssen. Ein reines Beharren auf dem Sparen ist kein Programm und stellt nur eine vorübergehende Wegmarke mit der Bezeichnung „Haushaltskonsolidierung“ zu dem wesentlich weiter reichenden Ziel der Zukunftsfähigkeit Europas dar.

Wie groß die zu bewältigenden Probleme in einer beschleunigten Welt werden, beschreibt Hartmut Rosa in dem bereits zitierten Artikel in Bezug auf die Bildungssysteme.

„ Die Beschleunigung der Informationsgenerierung erweist sich dabei nicht nur für die Wissenschaften als ein wachsendes Problem, sondern erzeugt für das Bildungssystem als ganzes die immense Schwierigkeit, der nachwachsenden Generation die je aktuellen Wissensbestände zu vermitteln.“ (Hartmut Rosa, ebd.)

Die Vielzahl der gesellschaftlichen Baustellen, von denen das Bildungssystem sicherlich eine sehr Bedeutende darstellt, kann aber auch zu einem oberflächlichen, politischen Aktionismus führen. Wenn zu viele Zukunftsfragen gleichzeitig bewältigt werden müssen, besteht die Gefahr ewiger Baustellen, die irgendwann ihre sinnvolle Struktur verlieren und ins Wuchern geraten. Unser Bildungssystem könnte hier als Beispiel dienen.

Hartmut Rosa sieht die Gefahr jedoch weit grundsätzlicher.

„ Wenn die Vergangenheit durch das definiert wird, was überholt ist bzw. nicht mehr gilt, und die Zukunft das bezeichnet, was ganz anders sein wird, dann dehnen sich beide auf Kosten der tendenziell zur Grenzlinie schrumpfenden Gegenwart immer weiter aus; Gewissheiten und Planungssicherheit nehmen entsprechend ab.“ (Hartmut Rosa, ebd.)

Diese Gegenwartsschrumpfung stellt tatsächlich ein politisches und gesellschaftliches Problem dar, wenn man nur beobachtet, wie kurzlebig politische Projekte geworden sind. Die eigentlich wirksamen Faktoren im Hintergrund einer solchen schnelllebigen „Policy“ sind dann doch nur die grundsätzlichen ökonomischen Organisatoren eines immer härter werdenden kapitalistischen Wettbewerbs. Der „rasende Stillstand“ würde in diesem Falle auf einer entblößten und radikalisierten Systemzuspitzung des Kapitalismus beruhen. So kommt es beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt eher zu einem Rückschritt in frühkapitalistische Mechanismen, als zu sozialem Fortschritt, der dem 21. Jahrhundert eigentlich angemessen sein müsste.

Das öffentliche Bewusstsein ist meist da, wo der größte Mangel liegt. In diesem Falle die zu geringe Nachhaltigkeit von sozial- und bildungspolitischen Weichenstellungen in einem stark beschleunigten Turbo-Kapitalismus, der von Krise zu Krise taumelt.

Schließlich resultiert die Gefahr eines weiter gehenden gesellschaftlichen Strukturverlustes.

„Die gesellschaftliche Globalisierung (sowohl als materiell-reales Phänomen, als auch als Produkt ideologischer Vorstellungen) ist dabei vor allem auch durch die zeitliche und

räumliche Entstrukturierung und die Entrhythmisierung sozialer Vorgänge und des gesellschaftlichen Lebens insgesamt gekennzeichnet. Wenn politische, religiöse, wissenschaftliche Überzeugungen und technologische Möglichkeiten sich unabhängig vom geographischen Raum verbreiten, büßt dieser seine strukturierende Funktion ebenso ein, wie zeitliche Ordnungsmuster wie Tag-Nachtwechsel, Jahreszeiten, Feiertage, Öffnungs- und Betriebszeiten etc. rapide an Bedeutung verlieren. Es dominiert die Logik der strukturlosen, ubiquitären und heterogenen Gleichzeitigkeit.“ (Hartmut Rosa, ebd.)

Auch in dieser Hinsicht ist die gesellschaftliche Struktur als einfaches Produkt einer Arbeitsgesellschaft mit synchronisierten Arbeitszyklen nicht mehr haltbar. Dennoch scheint der kommunikative Zusammenhalt in der Gesellschaft weniger Schaden zu nehmen, als von Rosa 1999 befürchtet. Das Internet ist rund um die Uhr für jeden geöffnet und füllt soziale und kommunikative Lücken auf, die ansonsten eine stärkere Vereinzelung innerhalb der Gesellschaft und Atomisierung der Gesellschaft als ganzes verursacht hätten.

Die Zivilgesellschaft funktioniert inzwischen zum großen Teil webbasiert, eine Vielzahl sozialer Netzwerke haben die „erzwungene Individualisierung“, die Ulrich Beck in seinem Buch über die Risikogesellschaft bereits vorhersah, erträglich gemacht. Für etablierte, professionelle gesellschaftliche und politische Institutionen, zu denen ich hier auch die meisten politischen Parteien zähle, bleibt nur die Anpassung an diese Entwicklung. Sie werden zunehmend webbasiert organisiert sein müssen. Der klassische Ortsverein dürfte als die traditionelle Wurzel einer Partei virtuelle Gesellschaft, oder auch Konkurrenz, bekommen.

Die Herausforderungen, die sich aus diesen gesellschaftlichen Entwicklungen für die Politik ergeben, sind vielfältig.

Die politischen Parteien müssen unter veränderten Voraussetzungen versuchen, wesentliche gesellschaftliche Kräfte zu bündeln. Dafür müssen sie sich der neuen und teilweise entstrukturierten Gesellschaft öffnen. Auch der Raum in dem sich Politiker bewegen und ihre Tätigkeit ausüben, dürfte in Zukunft seine verbindliche soziale Struktur teilweise einbüßen, weil neue Formen und Elemente der politisierten Zivilgesellschaft über organisatorische Grenzen hinweg in die Politik hinein transportiert werden.

Es ist keinesfalls zu erwarten, dass eine entstrukturierte Gesellschaft den Weg in die etablierte Politik suchen wird. Sie tendiert eher, und das lässt sich bereits an aktuellen Entwicklungen der Zivilgesellschaft ablesen, zu Bildung paralleler Machtstrukturen, die mit der etablierten Politik konkurrieren und diese in Einzelfällen sogar schon ersetzen. Der runde Tisch, der sich nach den heftigen Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gebildet hat, war kein gängiges politisches Verfahren, sondern ein Ausnahmeverfahren, welches durch die Zivilgesellschaft erzwungen wurde. Über die Ergebnisse lässt sich diskutieren, nicht aber über die Tatsache, dass es sich hier um einen politischen Struktureinbruch handelte. Die klassischen Vorgehensweisen der Politik wurden hier einfach ausgehebelt. Die Unterstützung erfolgte durch eine Mehrheit der Menschen in der betroffenen Region, wie die Wahlergebnisse der folgenden Landtagswahl zeigten, das strittige Projekt selbst wurde dann aber von einer Mehrheit der Menschen in einer Volksabstimmung doch befürwortet.

Am Beispiel von Stuttgart 21 drängt sich also durchaus der Verdacht auf, dass eine individualisierte und teilweise entstrukturierte Gesellschaft der institutionalisierten Politik ihren Stempel aufgedrückt hat. Ein politischer Fingerzeig für die Zukunft, den Angela Merkel möglicherweise noch im Kopf hatte, als sie sich für eine plötzliche Umkehr in der Atompolitik entschieden hat. Sie vermied damit nicht nur das Risiko von der Zivilgesellschaft

gemäßregelt zu werden, sondern auch die Gefahr erneut Dammbürche in den Reglements der offiziellen politischen Institutionen erleben zu müssen. Das Jahr 2011 war international das Jahr demokratischer Revolten via Facebook. Der Gedanke der entstrukturierten Gesellschaft, die man vielleicht auch als *sich selbst neu strukturierende Gesellschaft* bezeichnen könnte, passt dabei zum Gedanken der „liquid democracy“.

Wenn auf der anderen Seite die Regierungen zunehmend ohne demokratische Legitimation über grundsätzliche europäische Fragen beraten und dann auch entscheiden, wie es in den letzten zwölf Monaten geschehen ist, findet Entstrukturierung von der der anderen Seite her eben auch im professionellen politischen Raum, „der Polity“ statt.

Hier handelt es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um Trends, die vor allem durch den zunehmenden Handlungsdruck der Politik im Zeitalter der Beschleunigung getrieben werden. Es handelt sich auch um Trends, welche die politischen Strukturen der betroffenen Länder, also auch Deutschlands erheblich beeinflussen werden und in der Lage sind, gewohnte politische Regeln bis hin zur Auflösung in Teilbereichen zu beeinflussen.

Für diesen Trend ließen sich eine Vielzahl weiterer Belege finden, die zwar nicht beweisend sind, aber die Glaubwürdigkeit des „Shaping Actors“ für die nächste Zukunft untermauern. Bereits vor mehr als zehn Jahren gab es eine vermehrte öffentliche Diskussion über die zunehmende Zahl von Gesetzesvorlagen, die vom Bundesverfassungsgericht als nicht verfassungskonform eingestuft wurden. Natürlich gab es so etwas schon in den sechziger und siebziger Jahren. Allerdings ist die Bereitschaft des Gesetzgebers, es auf ein Verfassungsgerichtsurteil ankommen zu lassen, generell gestiegen. Der parlamentarische Kampf um die Regeln, wird zunehmend auch ein Kampf gegen die Regeln.

Ein ganz anderes Beispiel stellt die Krise des Bundespräsidentenamtes dar. Die Problematik auf die Verfehlungen von Christian Wulff zu verkürzen wäre hier all zu einfach. Christian Wulff kam als Nachfolger für den ebenfalls zurückgetretenen Horst Köhler. Dieser hatte sich auf dem Rückflug von Afghanistan über die mögliche Beteiligung der Bundeswehr an Wirtschaftskriegen geäußert. Dafür wurde er heftig kritisiert. Der Regelverstoß lag auf beiden Seiten, auf der Seite des Bundespräsidenten, der in einer viel zu umstrittenen politischen Frage eine moralisch nicht ganz einwandfreie Position einnahm und auf der Seite der Kritiker, die dann aus mehreren politischen Lagern gleichzeitig gegen den Bundespräsidenten schossen. Ein Vorgang, der zu diesem sehr formalen Amt irgendwie nicht passen wollte. Köhler zog die Konsequenzen und trat zurück. Das Amt blieb aber in der Krise und zugleich unter strenger öffentlicher Aufsicht. Nur eine, aber eine wesentliche Voraussetzung für Wulffs Sturz.

Am Beispiel der Medienkampagne gegen Christian Wulff, die zugleich eine politische Kampagne gegen Korruption und Vorteilsnahme im Amt war, konnte man gut beobachten, wie plötzlich die mediale Öffentlichkeit anfing, Regeln zu formulieren, die nirgendwo geschrieben standen. Für den Autor dieses Readers ein weiteres Beispiel, wie die Zivilgesellschaft ihre eigenen Strukturen und Regeln schafft und diese gegen die Strukturen und Regeln des Staates setzt. Auch der Fall Wulff hat gezeigt, wie sehr mit diesem Trend der Zivilgesellschaft zu rechnen ist. Am Ende dieser Kampagne in deren Verlauf dem amtierenden Bundespräsidenten vielfaches moralisches Fehlverhalten als Ministerpräsident von Niedersachsen nahe gelegt werden konnte, wurde sein Rücktritt zu einer unehrenhaften Entlassung umgedeutet. Ein beispielloser Vorgang von Regelverzerrung in der Öffentlichkeit. Als wäre der Bundespräsident für seine moralische Qualitäten vom Volk gewählt und auch jederzeit vom Volk unehrenhaft zu entlassen! In der Folge manifestiert sich nun eine

öffentliche Meinung, dass ein „unehrenhaft entlassener“ Bundespräsident keinen Anspruch auf Ehrensold haben könne.

Obwohl weit entfernt von rechtsstaatlichen Regeln, setzen sich auch Politiker, in diesem Falle insbesondere Sozialdemokraten, auf diesen Zug, der genau wie Stuttgart 21, wo vor allem grüne Politiker profitierten, gegen politische Institutionen läuft. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte stehen, dass die gefühlte moralische Einstellung des Volkes maßgebender wird, als grundsätzliche, rechtsstaatliche Regelungen.

Auch dieses entspräche dann dem Trend zu einer (zivil-)gesellschaftlichen Entstrukturierung mit allen ihren Gefahren. Höchst problematisch kann ein solcher Trend aber dann werden, wenn er gegen verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte läuft. Die von Thilo Sarrazin (SPD) ausgelöste und betriebene Debatte um die kulturelle und vielleicht auch genetische Minderwertigkeit von islamischen Volksgruppen in Deutschland, die eine große Zustimmung in der Bevölkerung fand, gibt einen Vorgeschmack auf das, was gesellschaftliche Entstrukturierung einmal bedeuten könnte. Darauf zu hoffen, dass es dann ausreichende zivilgesellschaftliche Initiative gibt, welche diesen neuen Rassismus eindämmt, erscheint als sehr unsicheres Zukunftsszenario. Man möchte sich darauf lieber nicht verlassen.

Der Trend ist aber keinesfalls zu ignorieren und zeigt sich sehr vielfältig als gesellschaftliche Entstrukturierung, aber auch als zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, die in einer Art von „Open Space“ neue Regeln schreibt.

Konsequenzen für die Politik im Umgang mit der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft ist eine große und interessante Herausforderung für die Politik. Sie verhält sich gegenüber der etablierten Politik nicht immer freundlich und sie grenzt auch häufig aus. Sie ist ein öffentlicher Machtfaktor geworden, dem sich inzwischen auch viele große ökonomische Player zuwenden, in der Absicht, politische Entwicklungen direkt über den zivilgesellschaftlichen Raum zu steuern. Die Entstrukturierung der Gesellschaft im Rahmen diverser Beschleunigungsprozesse eröffnet Chancen auch für Minderheiten, die Gesellschaft aus dem öffentlichen Raum heraus zu lenken.

Für die politischen Parteien, die sich in der Zivilgesellschaft neu verankern wollen, gilt: Wenn man vom einen zum anderen Ufer kommen will, muss man manchmal schwimmen. Nicht überall gibt es Brücken. Die Parteien müssen sich also mehr, als bisher in die Zivilgesellschaft hineinbewegen, auf NGOs, Initiativen und social networks aktiv zugehen. Dies kann für viele Mitglieder und Funktionsträger in einer Partei bedeuten, dass ihre Funktion zukünftig am Rande der Partei liegt, an der Schnittstelle zu Initiativen, NGOs, Kooperativen, Netzwerken und Genossenschaften, zu Vereinen und zu kleineren Gruppen. Die Parteien müssen also aus sich herausgehen, um besseren Anschluss zu erhalten.

Dies ist keinesfalls leicht.

Mit einer Initiative engagierter Sozialdemokraten des linken Parteispektrums sind wir in einem Netzwerk gelandet, in welchem Parteien gemäß der Satzung eigentlich außen vor bleiben sollten. Die Abneigung, politische Parteien in dieses Netzwerk mit dem Namen „Bewegung.taz“ aufzunehmen, ist so groß, dass wir bei der Selbstpräsentation unser Logo aufgeben mussten, in welchem das Kürzel „SPD“ vorkam. Explizite Sozialdemokraten durften wir aber bleiben.

Dieses kleine Beispiel zeigt, woher der Wind weht. Wenn eine politische Partei in einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk aktiv werden will, muss sie ein hohes Maß an Individualisierung zulassen, weil die Partei als solche, im Netzwerk häufig nur in einer nachgeordneten Position akzeptiert wird. Führungsansprüche von Parteien werden in Netzwerken entschieden bekämpft. Politisch organisierte Einzelpersonen oder Gruppen werden aber gleichwohl akzeptiert, auch wenn sie explizit als Parteimitglieder in Erscheinung treten.

Zu diesem Reader gehört ein „Umfeld-Radar“ für die SPD, in welches ich bestimmte politische Themenbereiche und ihre Reflexion in der Zivilgesellschaft bereits eingearbeitet habe. Zwei Beispiele zeigen, wo einzelne politische Konzepte vor allem ihre Reflexion finden und wo sie verankert sind.

Die Finanzmarktregulierung ist ein großes zivilgesellschaftliches Thema, das aus der Zivilgesellschaft selbst kommt. Es existieren mehrere vernetzte Aktionen zu diesem Thema, die vor allem aus der Ecke der Globalisierungskritiker kommen und von verschiedensten gesellschaftlichen Strömungen mit getragen werden, unter anderem sind auch die Kirchen mit dabei. Die Gewerkschaften, Jugendorganisationen von den Grünen, den Linken und der SPD sind ebenso dabei. Ihnen kommt dabei aber keine Führungsrolle zu. Sie werden gleichwertig mit viel kleineren zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie z.B. Urgewald e.V. gelistet und auch wahrgenommen. Bei den Aktionen: „Steuer gegen Armut“ für eine Finanzmarkttransaktionssteuer oder der Aktion „Banken in die Schranken“ für eine stärkere

Finanzmarktregulierung handelt es sich um originär zivilgesellschaftliche Inhalte, die eben auch politisch sind.

Die Bürgerversicherung, ein Thema mit hoher sozialer Bedeutung, kommt von den Parteien und dem Deutschen Gewerkschaftsbund. Involviert in das Thema sind vor allem die SPD, aber auch die Grünen und die Linke. Der DGB hat ebenfalls ein eigenes Konzept vorgelegt. Am Rande wird das Thema auch in der CDU diskutiert, kommt dort aber über ein Mauerblümchen nicht hinaus. Zivilgesellschaftlich wird die Bürgerversicherung vor allem von der evangelischen Kirche und von Attac unterstützt. Die Reflexion dieses politischen Themas in der Zivilgesellschaft bleibt aber vergleichsweise schwach. Obwohl es sich um ein Thema handelt, das bei vielen Bürgern Anklang findet, setzt es sich nicht nennenswert in die Zivilgesellschaft durch. Es handelt sich um einen Konzeptbereich, der vor allem von den politischen Parteien kommt.

In der Zusammenschau legen beide Beispiele den Schluss nahe, dass politische Forderungen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, von der Politik aufgegriffen werden, umgekehrt aber, politische Forderungen aus den politischen Parteien häufig wenig Reflexionsfläche in der Zivilgesellschaft finden. Die öffentlich-politische Agenda wird also maßgeblich von der Zivilgesellschaft bestimmt. Ein wichtiger Punkt, den es zu beachten gilt, wenn politische Konzepte aus einer Partei in die Öffentlichkeit transportiert und dort verankert werden sollen. Es macht wenig Sinn, gute Ideen auf die öffentliche Agenda zu setzen, wenn sie keinen Anschluss an bereits vorhandene zivilgesellschaftliche Forderungen haben.

Die Zentralisierung und Vereinheitlichung unseres Schulsystems ist in jedem Falle eine äußerst vernünftige und weitsichtige Forderung. Sie hat allerdings auf unserem individualisierten, zivilgesellschaftlichen Flickenteppich kaum eine Chance, nennenswert reflektiert zu werden. Dieser gute politische Gedanke wird eher auf eine vielschichtige Opposition in der Zivilgesellschaft treffen und muss deshalb auf anderem Wege populär gemacht werden. Wie wir an verschiedenen Beispielen, unter anderem in Hamburg und Berlin, sehen konnten, eignet sich das Schulsystem auch nicht als Wahlkampfthema, weil es in der Gesellschaft divergent betrachtet wird. Es kann nur aus einem eindeutigen Regierungsvorhaben mit stabilen Mehrheiten und einer unterstützenden Kampagne heraus reformiert werden. Aber es muss reformiert werden! Der Nachteil gegen den eine Regierungspartei dann ankämpfen muss, besteht bei diesem, wie auch manchen anderen Themen, darin, dass unsere Zivilgesellschaft eben doch ein Pool von Partialinteressen ist, der zwar Wellen produzieren kann, aber in dem wichtige und richtige Entscheidungen für die Allgemeinheit gleichwohl untergehen können.

Zum kritischen Umgang mit NGOs, Initiativen und gesellschaftlichen Gruppen gehört ebenfalls, sie zu spiegeln. Die Reflektion von Themen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, ist nicht genug. Die Organisationen selbst müssen von den politischen Parteien kritisch gespiegelt werden. Dazu gehören Demokratiedefizite in einzelnen Organisationen ebenso, wie wirtschaftliche Verflechtungen zwischen NGOs und Großunternehmen. Gerade im Umweltbereich muss sehr genau betrachtet werden, wo Umweltorganisationen, wie Greenpeace und Großunternehmen gemeinsame Sache machen. Das Beispiel aus der Schweiz, zwischen Multiwatch und Nestle⁷ wurde schon erwähnt. Das starke Interesse von Konzernen, sich über Corporate Social Responsibility zivilgesellschaftlich zu legitimieren, spielt eine zunehmende Rolle in der Szene der „Social Entrepreneurs“.

In Zukunft werden die Parteien im Rahmen von Stakeholder-Dialogen zwischen Wirtschaft und NGOs immer häufiger mit ungewöhnlichen Interessensgemeinschaften konfrontiert

werden, die nicht unbedingt im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit liegen müssen, in keinem Falle aber demokratisch legitimiert sind. Geld wird auch hier in Zukunft mehr und mehr die Rolle eines Schmiermittels spielen. Für die Parteien wird es also von besonderer Wichtigkeit sein, sich nicht einfach im Fahrwasser der Zivilgesellschaft zu bewegen, sondern sich auf ihre Rolle als demokratisch legitimierte Organe der öffentlichen Willensbildung zu besinnen.

Daneben ist keinesfalls zu vergessen, dass auch die Leitmedien in vielen Bereichen sehr eigene Partialinteressen vertreten, welche nicht unbedingt dem Interesse der Allgemeinheit entsprechen. Man sollte nicht ganz vergessen, dass es sich hier überwiegend um Medienkonzerne mit dem direktesten Zugang zur Zivilgesellschaft handelt. In Bezug auf ihre eigenen Interessen spielen die Medien dabei grundsätzlich „über Bande“ und häufig ist im Hintergrund nichts so, wie es im Vordergrund scheint. Die konzertierte Medienkampagne gegen Christian Wulff führte so zu Inthronisierung eines Bundespräsidenten mit unverkennbar neoliberaler Einstellung. Für Gauck den Stasi-Aufklärer, der Freiheit über alle anderen gesellschaftlichen Werte zu stellen scheint, gibt es eine deutliche Begeisterung in den Vorstandsetagen der Medienkonzerne. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass bei der Kampagne gegen Wulff schon Joachim Gauck als politische Alternative in den Köpfen der Medienmacher war. Eine geschickte gesellschaftliche Manipulation, wohl auch der politischen Parteien. Ein vordergründiger Sieg der Zivilgesellschaft. Im Hintergrund aber ein Sieg der Medienkonzerne.

"Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit." (Jean Jaques Rousseau)

Gaucks Credo für die Freiheit lässt sich auch als latenter Angriff auf den Sozialstaat werten. Sowohl SPD, als auch die Grünen haben sich hier erkennbar unkritisch und wenig reflektiert gezeigt. Vielleicht haben sie gedacht, sie seien auf der Seite der Manipulatoren, waren aber in Wirklichkeit mit der Unterstützung der Kampagne gegen Wulff und für Gauck auf der Seite der Manipulierten. Für mein Empfinden ein Beispiel für die Tücken und Fallstricke der Zivilgesellschaft, die keinesfalls primär sozial eingestellt sein muss.

Der Trend scheint deutlich. Die Zivilgesellschaft entwickelt eine zunehmende Definitionshoheit für die entscheidenden gesellschaftlichen Fragestellungen. Themen, die dort nicht gebündelt reflektiert werden, bekommen zu wenig Auftrieb, um sich durchzusetzen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts ist es in dieser Hinsicht, den Anschluss an die Zivilgesellschaft zu schaffen und sich in bedeutsamen gesellschaftlichen Fragen an die Spitze von entsprechenden Netzwerken und Kampagnen zu arbeiten. Trotzdem muss kritische Distanz gewahrt werden, weil die Zivilgesellschaft ein selbstorganisierender und entstrukturierender Entwicklungsraum ist, der keinesfalls immer demokratische Qualitätskriterien erfüllt. Der SPD kommt sinnvoller Weise auch weiterhin eine Vermittlerfunktion unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Partialinteressen zu. All diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist eine der großen Herausforderungen zukünftiger Sozialdemokratie.

Konsequenzen für eine mögliche Roadmap der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten. (Willy Brandt)

Lassen sich konkrete Handlungsschritte im Sinne eines längerfristig angelegten Projektplans für die Entwicklung der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert aus den bisherigen Erkenntnissen ableiten?

Roadmaps sollen längerfristige Entwicklungsperspektiven für Unternehmen und Organisationen in einer Objekt-Zeit-Achse bündeln und einen jeweils bestimmten Weg in die Zukunft aufzeigen. Es handelt sich also um langfristig angelegte Multi-Projektpläne, die grundsätzlich auch für politische Parteien in Frage kämen.

Ließe sich eine solche Roadmap auch für die weitere Entwicklung der SPD in den nächsten Jahrzehnten aufstellen?

Die Zukunft lässt sich nicht vorhersagen. Für Organisationen aber, ist der Blick in die Zukunft von wesentlicher strategischer Bedeutung. Daher empfiehlt es sich, trotz hoher Unsicherheiten in einem dynamischen Umfeld, Zielvorstellungen zu entwickeln und dann auch in konkreten Schritten anzusteuern.

Mögliche Instrumente zur Entwicklung von Zielvorstellungen, die sich auf eine weiter entfernte Zukunft beziehen, sind Szenarios, Zukunftswshops oder auch Zukunftskonferenzen.

Politische Parteien entwickeln ihre Zukunftskonzepte nach demokratischen Prinzipien und Regeln. Instrumente, die breite Möglichkeiten zur Mitbestimmung eröffnen, sind also wünschenswert. Die am Anfang dieses Readers erwähnte „Open-Space-Technik“ ermöglicht eine breite Diskussion, die sich organisatorisch zwischen einem inneren und äußeren Ring entfalten kann. Das Zentrum einer Organisation kommuniziert in einer Großveranstaltung mit seiner Umgebung. Die Partei mit assoziierten Gruppen, Initiativen und Organisationen, oder auch nur die Parteispitze mit der sie umgebenden Basis. Somit tragen auch Parteitage, Tagungen und Konferenzen Merkmale von Open-Space-Veranstaltungen. Der entscheidende Unterschied ist allerdings, dass in einem Open-Space-Ansatz Inhalte nicht vorgegeben und abgearbeitet werden, sondern häufig spontan entstehen. Das beschriebene Phänomen der Entstrukturierung oder Selbstorganisation der Zivilgesellschaft spricht für die Anwendung von Instrumenten, wie der Open-Space Technik, wenn Zukunftsvisionen auf eine breite Basis aufsetzen und eine entsprechende organisationelle Dynamik entfalten sollen.

Die SPD ist mit ihrem „Zukunftsdialo online“ einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gegangen. Das Internet bietet die Möglichkeit, Open-Space-Ansätze mit den Mitteln des Webs zu verbinden.

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anfang 2011 das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gestartet, um im Dialog mit Interessierten und gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu erarbeiten. In mehreren Projektgruppen formulieren wir ein Leitbild für das Deutschland von morgen – und erarbeiten ein Politikkonzept, das den Weg unseres Landes für die nächsten Jahre beschreibt. Dazu führen wir den intensiven Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur.“ (aus Zukunftsdialo online / spdfraktion/ Projekt)

Neben Methoden, die stark partizipativ ausgerichtet sind, erscheinen strukturelle Reformen für eine Partei, die sich erneuern will, ebenso wichtig. Die SPD hat auch hier mit ihrer Parteireform im Jahre 2011 mutige Schritte in die richtige Richtung unternommen. Erwähnenswert sind auch Think Tanks wie das Institut Solidarische Moderne oder die parteienübergreifende Initiative Denkwerk Demokratie, in der Sozialdemokraten und Grüne neue Perspektiven für eine sozialökologische Wirtschaftsordnung erarbeiten.

Mit Blick auf die Zivilgesellschaft erweist sich mehr Partizipation als wichtig. Demokratie ist allerdings kein Selbstzweck, sondern soll dazu dienen gesellschaftliche Ausrichtung auf eine breite Basis zu stellen. Hier ist eine strukturelle Verbindlichkeit im Umgang mit Organisationen, Initiativen und Vereinen der Zivilgesellschaft gefragt. Kontinuierliche Verbindungen zwischen Sozialdemokraten und NGOs sowie allen anderen Gruppierungen mit gesellschaftlicher Zukunftsrelevanz sind unverzichtbar.

Hier können auch innerhalb der SPD personelle und organisationelle Veränderungen geschaffen werden, die einerseits die Zivilgesellschaft mehr in die Partei hinein nimmt und andererseits vermittelt durch persönliche Kontakte, die Partei in die Zivilgesellschaft hinaus schickt. Solche strukturellen Neuorientierungen sollten ebenfalls Bestandteil eines Multi-Projekt-Plans für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts sein.

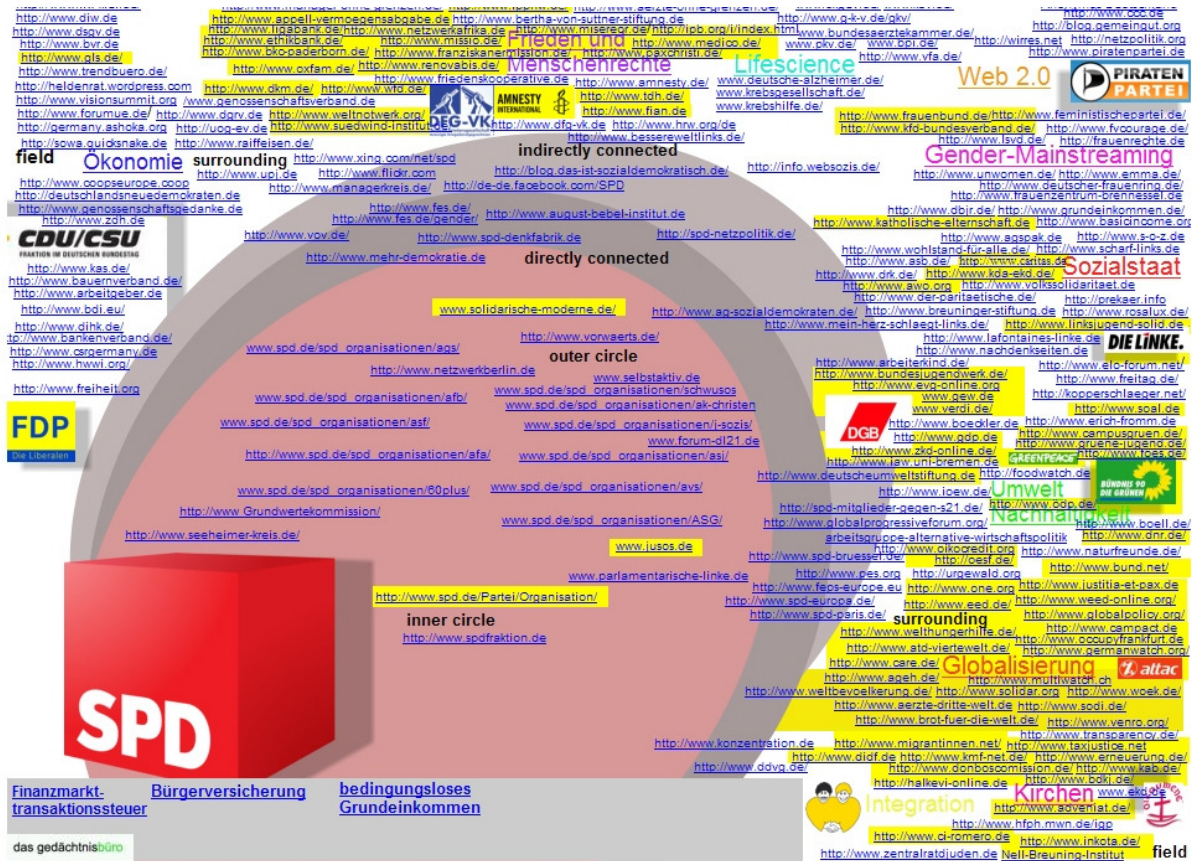
Nicht zu vergessen ist allerdings, dass sowohl Projektpläne, als auch Road-Maps flexibel und verbindlich zu gleich bleiben sollten. Verbindlich, damit sie wirklich eine Relevanz für zukünftige Entwicklungen und entsprechende Weichenstellungen bekommen, flexibel, da immer neue Trends, Informationen und gesellschaftliche Entwicklungen integriert werden müssen.

Flexibilität ist auch deshalb erforderlich, weil die beschriebene Entstrukturierung der Gesellschaft vermutlich weiter voranschreiten wird und das politische Agenda-Setting zunehmend aus der Zivilgesellschaft kommen wird. Der Trend diesbezüglich lässt sich rückblickend auf die letzten zwanzig Jahre deutlich erkennen. In einer stark individualisierten Massengesellschaft ist aber auch die Fähigkeit der Parteien, gesellschaftliche Forderungen zu bündeln mehr denn je gefragt.

Diese Aufgaben erfordern auch zunehmend mehr Kraft.

Work-Life-Balance könnte daher auch für Politiker bald ein ebenso wichtiges Thema werden, wie heute schon für Führungskräfte in anderen Bereichen.

Abbildungen



Die Abbildung zeigt einen Screenshot des Umfeldradars welches für diesen Reader erstellt wurde. Es dient dem Abgleich politischer Positionen zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft und der SPD. In diesem Bild sind Initiativen für die Einführung einer Finanzmarkt-Transaktionssteuer gelb unterlegt. Es ist gut zu erkennen, dass der Schwerpunkt dieser politischen Forderung vor allem im Bereich der Globalisierungskritiker und der Kirchen (Steuer gegen Armut) liegt. Das Umfeldradar zeigt aber auch ein Beispiel, in dem politische Programme wie die Einführung einer Bürgerversicherung nicht ausreichend in der Zivilgesellschaft reflektiert werden. Umgekehrt zeigt sich am Beispiel des bedingungslosen Grundeinkommens, dass bestimmte zivilgesellschaftliche Initiativen ihrerseits von der SPD nicht aufgegriffen wurden, dafür aber von allen anderen Parteien des linken Spektrums. Das Umfeldradar liegt auf CD-ROM diesem Reader an und kann mit einem normalen Webbrowser geöffnet und benutzt werden. Des Weiteren findet sich auf der CD eine auf Excel basierte Version der nachfolgenden Link-Liste von Organisationen, Vereinen und Initiativen, die in das Umfeldradar aufgenommen wurden. Rot unterlegt sind hier wieder Netzwerk oder Aktionsteilnehmer für eine Finanzmarkttransaktionssteuer.

Link-Liste Umfeldradar

(in roter Schrift aktive Befürworter der Finanzmarkttransaktionssteuer)

Adveniat	http://www.adveniat.de/
Ärzte für die Dritte Welt	http://www.aerzte-dritte-welt.de
Ärzte ohne Grenzen	http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/
Ag für Entwicklungshilfe	http://www.ageh.de/
Ag-Sozialdemokraten	http://www.ag-sozialdemokraten.de/
Ag sozialpolit.Arbeitskreise	http://www.agspak.de
Amnesty International	http://www.amnesty.de/
Anonymus Deutschland	http://www.anonymus-deutschland.de
Initiative Vermögender	http://www.appell-vermoegensabgabe.de
Arbeiterkind	http://www.arbeiterkind.de/
BDA	http://www.arbeitgeber.de
Ag alternat. Wirtschaftspolitik	http://www.arbeitsgruppe-alternative-wirtschaftspolitik.de
Arbeiter Samariter Bund	http://www.asb.de/
ATD Vierte Welt	http://www.atd-viertewelt.de/
August-Bebel-Institut	http://www.august-bebel-institut.de
Arbeiter Wohlfahrt	http://www.awo.org
Bundesverb. Deutsch. Banken	http://www.bankenverband.de/
Basicincome	http://www.basicincome.org
Deutscher Bauernverband	http://www.bauernverband.de/
Bundesver.d. Deutsch. Industrie	http://www.bdi.eu/
Bund der Deutsch. Kath. Jugend	http://www.bdkj.de/
Bertha v. Suttner Stiftung	http://www.bertha-von-suttner-stiftung.de
Bessere Welt Links	http://www.bessereweltlinks.de/
Bank für Kirche und Caritas	http://www.bkc-paderborn.de/
Das ist sozialdemokratisch	http://www.blog.das-ist-sozialdemokratisch.de/
Gemeingut	http://www.blog.gemeingut.org
Hans-Boeckler-Stiftung	http://www.boeckler.de
Heinrich-Böll-Stiftung	http://www.boell.de/
Bundesv. d Pharmaz. Industrie	http://www.bpi.de/
Nell-Breuninger-Stiftung	http://www.breuninger-stiftung.de
Brot für die Welt	http://www.brot-fuer-die-welt.de/
Bund-Freunde der Erde	http://www.bund.net/
Bundesärztekammer	http://www.bundesaerztekammer.de/
Bundesjugendwerk AWO	http://www.bundesjugendwerk.de/
Bundesv. Volks u Raiffeisenb.	http://www.bvr.de
Campact	http://www.campact.de
Bdsv.GrünAltern.HSgruppen	http://www.campusgruen.de/
Care	http://www.care.de/
Caritas	http://www.caritas.de
Chaos Computer Club	http://www.ccc.de
Christ. Initiative Romero	http://www.ci-romero.de
Cooperatives Europe	http://www.coopseurope.coop
Corp.Soc.Resp.Germany	http://www.csrgermany.de
Deutscher Bundesjugendring	http://www.dbjr.de/
Deutscher Gewerkschaftsbund	http://www.dgb.de

Deut.Druck u Verlagsgesellsch.	http://www.ddvg.de/
Facebook SPD	http://www.de-de.facebook.com/SPD
Paritätischer Wohlfahrtsverband	http://www.der-paritaetische.de/
Deutsche Alzheimer Gesellsch.	http://www.deutsche-alzheimer.de/
Deutscher Frauenring	http://www.deutscher-frauenring.de/
Deutsche Umweltstiftung	http://www.deutscheumweltstiftung.de
DeutschlandsNeueDemokraten	http://www.deutschlandsneuedemokraten.de
Deutsche Friedensgesellschaft	http://www.dfg-vk.de
Die Genossenschaften	http://www.dgrv.de
Föderat.Dem.Arbeitervereine	http://www.didf.de
Deutsch.Indust.u Handelskam.	http://www.dihk.de/
Deut.Inst. f. Wirtsch.forsch.	http://www.diw.de
Deutsch. Krankenhausgesellsch.	http://www.dkgev.de/
Darlehnskasse Münster	http://www.dkm.de/
Deutsch. Naturschutzring	http://www.dnr.de/
Don Bosco Mission	http://www.donboscomission.de/
Deutsches Rotes Kreuz	http://www.drk.de/
Deutsch.Spark u Giroverband	http://www.dsgv.de
Evang. Entwicklungsdienst	http://www.eed.de/
Eirene	http://www.eirene.org
Erwerbslosen Forum	http://www.elo-forum.net/
Emma	http://www.emma.de/
Int. Erich-Fromm-Gesellsch.	http://www.erich-fromm.de
Charismat. Erneuerung	http://www.erneuerung.de/
Ethikbank	http://www.ethikbank.de/
Eisenb. u Verkehrsgewerksch.	http://www.evg-online.org
Feministische Partei	http://www.feministischepartei.de/
Found. f. Europ. Prpgr. Studies	http://www.feps-europe.eu
Friedrich Ebert Stiftung	http://www.fes.de/
FES Gender	http://www.fes.de/gender/
FIAN	http://www.fian.de
Flickr	http://www.flickr.com
Foodwatch	http://www.foodwatch.de
Forum Ökol-Soz. Marktwirtsch.	http://www.foes.de/
Forum DL 21	http://www.forum-dl21.de
Forum Umwelt u Entwicklung	http://www.forumue.de/
Franziskaner-Mission	http://www.franziskanermission.de/
Kath. Deutscher Frauenbund	http://www.frauenbund.de/
Terres des Femmes	http://www.frauenrechte.de
Brennessel e.V.	http://www.frauenzentrum-brennessel.de
Friedrich Naumann Stiftung	http://www.freiheit.org
Der Freitag	http://www.freitag.de/
Netzwerk Friedenskoooperative	http://www.friedenskoooperative.de
Frauenverband Courage	http://www.fvcourage.de/
Gewerkschaft der Polizei	http://www.gdp.de
Gew. Erziehung und Wissensch.	http://www.gew.de
Genossenschaftsgedanke BV	http://www.genossenschaftsgedanke.de
Genossenschaftsverband	http://www.genossenschaftsverband.de
Germanwatch	http://www.germanwatch.org/

Ashoka	http://www.germany.ashoka.org
Gesetzl. Krankenversicherungen	http://www.g-k-v.de/gkv/
Globalpolicy	http://www.globalpolicy.org/
Glob. Progressive Forum	http://www.globalprogressiveforum.org/
GLS Bank	http://www.gls.de/
Greenpeace	http://www.greenpeace.de/
Grüne Jugend	http://www.gruene-jugend.de/
Netzwerk Grundeinkommen	http://www.grundeinkommen.de/
SPD Grundwertekommission	http://www.Grundwertekommission/
Türk. Volkshaus	http://www.halkevi-online.de
Heldenrat	http://www.heldenrat.wordpress.com
Inst. f Gesellschaftspolitik	http://www.hfph.mwn.de/igp
Human Rights Watch	http://www.hrw.org/de
Hamburg. Weltwirtsch.Institut	http://www.hwwi.org/
Inst. Arbeit u Wirtschaft	http://www.iaw.uni-bremen.de
Inst. f Weltwirtschaft	http://www.ifw-kiel.de/
Websozis	http://www.info.websozis.de/
Inkota	http://www.inkota.de/
Inst f Ökolog. Wirtschaftsforsch.	http://www.ioew.de/
Int. Peace Bureau	http://www.ipb.org/i/index.html
Int. Ärzt. f. Verhüt. d. Atomkrieg.	http://www.ippnw.de/
Justitia et Pax	http://www.justitia-et-pax.de
Jusos	http://www.jusos.de
Kathol. Arbeitnehm. Bewegung	http://www.kab.de/
Konrad Adenauer Stiftung	http://www.kas.de/
Kath. Elternschaft Deutschlands	http://www.katholische-elternschaft.de
Kassenärztl. Bundesvereinigung	http://www.kbv.de/
Kirchl. Dienst i. d. Arbeitswelt	http://www.kda-ekd.de/
Kath. Frauengemeinschaft Deutsch.	http://www.kfd-bundesverband.de/
Gemeinschaft Kath. Män. u. Frauen	http://www.kmf-net.de/
Konzentration GmbH	http://www.konzentration.de
Kopperschläger	http://www.kopperschlaeger.net/
Deutsche Krebsgesellschaft	http://www.krebsgesellschaft.de/
Deutsche Krebshilfe	http://www.krebshilfe.de/
Lafontaines Linke	http://www.lafontaines-linke.de
Ligabank	http://www.ligabank.de/
Linksjugend Solid	http://www.linksjugend-solid.de
Lesben u. Schwulenverb. i. Deut.	http://www.lsvd.de/
Managerkreis d. FES	http://www.managerkreis.de/
Manager ohne Grenzen	http://www.manager-ohne-grenzen.de/
Medico	http://www.medico.de/
Mehr Demokratie!	http://www.mehr-demokratie.de
Mein Herz Schlägt Links	http://www.mein-herz-schlaegt-links.de/
Bundesverb. d. Migrantinnen	http://www.migrantinnen.net/
Miseror	http://www.misereor.de/
Missio	http://www.missio.de/
Multiwatch	http://www.multiwatch.ch
Nachdenkseiten	http://www.nachdenkseiten.de
Naturfreunde Deutschlands	http://www.naturfreunde.de/

Nell-Breuning-Institut	http://www.Nell-Breuning-Institut.de
Netzpolitik	http://www.netzpolitik.org
Netzwerk Afrika Deutschland	http://www.netzwerkafrika.de
SPD Netzwerk Berlin	http://www.netzwerkberlin.de
Occupy Frankfurt	http://www.occupyfrankfurt.de
Ökologisch Demokrat. Partei	http://www.ödp.de/
Ökosoz. Forum Deutschland	http://www.oesf.de/
Oikocredit	http://www.oikocredit.org
ONE	http://www.one.org
Oxfam	http://www.oxfam.de/
SPD Parlamentarische Linke	http://www.parlamentarische-linke.de
Pax Christi	http://www.paxchristi.de/
Party European Soc.	http://www.pes.org
Piratenpartei	http://www.piratenpartei.de
Verband d priv Krankenvers.	http://www.pkv.de/
Prekaer	http://www.prekaer.info
Deutscher Raiffeisenverband	http://www.raiffeisen.de/
Renovabis	http://www.renovabis.de/
Rosa Luxemburg Stiftung	http://www.rosalux.de/
Scharf Links	http://www.scharf-links.de
Seeheimer-Kreis SPD	http://www.seeheimer-kreis.de/
Selbstaktiv SPD	http://www.selbstaktiv.de
SOAL	http://www.soal.de
Sodi	http://www.sodi.de/
Inst. Solidarische Moderne	http://www.solidarische-moderne.de/
solidar	http://www.solidar.org
Euroäisches Magazin	http://www.sowa.quicksnake.de
Saarländ. Online-Zeitung	http://www.s-o-z.de
SPD Organisaton	http://www.spd.de/Partei/Organisation/
Arbeitsg. F Arbeitn.fragen SPD	http://www.spd.de/spd_organisationen/afa/
Ortsverein SPD Brüssel	http://www.spd-bruessel.de/
Denkfabrik	http://www.spd-denkfabrik.de
Frakt d Progress. Allianz Soz.	http://www.spd-europa.de/
SPD-Fraktion Bundestag	http://www.spdfraktion.de
SPD Mitglieder gegen S21	http://www.spd-mitglieder-gegen-s21.de/
SPD Netzpolitik	http://www.spd-netzpolitik.de/
Ortsverein SPD Paris	http://www.spd-paris.de/
AG SPD 60 plus	http://www.spd.de/spd_organisationen/60plus/
SPD AG f Bildung	http://www.spd.de/spd_organisationen/afb/
SPD AG Selbständige	http://www.spd.de/spd_organisationen/ags/
SPD AK Christinnen u Christen	http://www.spd.de/spd_organisationen/ak-christen
SPD AG sozdem. Frauen	http://www.spd.de/spd_organisationen/asf/
SPDAG Sozdem i Gesundheits.	http://www.spd.de/spd_organisationen/ASG/
SPD AG Sozdem Jurist.	http://www.spd.de/spd_organisationen/asj/
SPD AG ehem. Verfolgter	http://www.spd.de/spd_organisationen/avs/
SPD AK Jüd. Sozdem.	http://www.spd.de/spd_organisationen/j-sozis/
SPD Schwusos	http://www.spd.de/spd_organisationen/schwusos
Südwind-Institut	http://www.suedwind-institut.de/
Taxjustice	http://www.taxjustice.net

Terre des Hommes	http://www.tdh.de/
Transparency Int.	http://www.transparency.de/
Trendbüro	http://www.trendbuero.de/
Unwomen	http://www.unwomen.de/
Unternehmer ohne Grenzen	http://www.uog-ev.de
Netzwerk gemein. Mittlerorgan.	http://www.upj.de
Urgewald	http://www.urgewald.org
Venro	http://www.venro.org/
Verdi	http://www.verdi.de/
Verb. Forsch. Arzneimittelherst.	http://www.vfa.de/
Visionsummit	http://www.visionsummit.org
Volkssolidarität	http://www.volkssolidaritaet.de
Vorwärts	http://www.vorwaerts.de/
SPD virtueller Ortsverein	http://www.vov.de/
Weed	http://www.weed-online.org/
Stiftung Weltbevölkerung	http://www.weltbevoelkerung.de/
Welthungerhilfe	http://www.welthungerhilfe.de/
Weltnotwerk d KAB	http://www.weltnotwerk.org/
Weltfriedensdienst	http://www.wfd.de/
Wirres.net	http://www.wirres.net
Werkstatt Ökonomie	http://www.woek.de/
Karlsruh. Inst. f Wirtschaftsforsch.	http://www.wohlstand-für-alle.de/
Xing SPD	http://www.xing.com/net/spd
Zentralverb.d deut. Handwerks	http://www.zdh.de
Zentralrat der Juden	http://www.zentralratdjuden.de
ZV Mitarb i Einricht d kath K.	http://www.zkd-online.de/

Literatur

¹ John Naisbitt, Megatrends – Ten New Directions Transforming Our Lives, New York, Warner, 1982

² Owen, Harrison: Expanding our Now, deutsch: Die Erweiterung des Möglichen – Die Entdeckung von Open Space, Stuttgart, Klett-Cotta, 2001

³ Wessels, Bernhard: Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010

⁴ TNS-Infratest, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München, Oktober 2010, BE6710-102766

⁵ Matthias Horx, Die Macht der Megatrends, Zukunftsinstitut Horx GmbH, 2007

⁶ Huber Christian Ehalt, Gespräche zur Zeit, Die Zukunft der Zivilgesellschaft, p.19, Wien WUV 1996

⁷ Otto-Group Trendstudie 2011, 3. Studie zum ethischen Konsum – Verbrauchervertrauen, Trendbüro, Beratungsunternehmen für gesellschaftlichen Wandel, Herausgeber: Otto-GmbH und Co KG, Projektleiter: Prof. Peter Wippermann

⁸ Otto-Group Trendstudie 2011, 3. Studie zum ethischen Konsum – Verbrauchervertrauen, Trendbüro, Beratungsunternehmen für gesellschaftlichen Wandel, Herausgeber: Otto-GmbH und Co KG, Projektleiter: Prof. Peter Wippermann

⁹ Hartmut Rosa, Rasender Stillstand – Individuum und Gesellschaft im Zeitalter der Beschleunigung, 1999

¹⁰ Christopher D. Wickens, Justin G. Hollands, Engineering Psychology and Human Performance, New Jersey, Prentice Hall-Inc. 2000